E 2814
Nr. 2
Mai 2015
Jahrgang 64

M Menschen Machen Medien

Medienpolitische ver.di-Zeitschrift

Preisfrage Paid Content

Bundeskonferenz
Medien, Kunst und Industrie
Streitbar und konfliktfähig

Datenspeicherung
Telefonate jedes Bürgers erfasst

Rumänien
Das Ende der Medienoligarchen

Auf ein Wort

Mit Füßen getreten

Von Harald Gesterkamp | Islamischer Staat, al-Kaida, Shabaab-Miliz, Boko Haram – die Liste der brutalen Übergriffe islamistischer Terrorgruppen wird täglich länger. Und ihre Gräueltaten machen auch vor Journalisten nicht halt. Henker der IS-Miliz enthaupteten im September die amerikanischen Journalisten James Foley und Steven Sotloff. Al-Kaida tötete im Jemen den US-Fotoreporter Luke Somers. Nicht besser sieht es in Somalia, Nigeria, Libyen oder Pakistan aus.

Die Gewalt der islamistischen Gruppen dominiert die Schlagzeilen in der Auslandsberichterstattung. Zu Recht. Aber nicht nur anlässlich des Internationalen Tages der Pressefreiheit am 3. Mai darf man den Blick auf staatliche Stellen als Verletzer der Medienfreiheit nicht vergessen.
Raif Badawi, der zu 1.000 Peitschenhieben und zehn Jahren Haft verurteilte Blogger aus Saudi-Arabien ist der berühmteste, aber längst nicht der einzige politische Gefangene im Königreich. Dort riskiert jeder Inhaftierung und Misshandlung, wenn er in politischen oder religiösen Fragen öffentlich eine andere Meinung als die Herrscherfamilie vertritt. Wer in Ägypten in Verdacht steht, die verbotene Muslimbruderschaft zu unterstützen, findet sich umgehend vor Gericht und dann im Gefängnis wieder. Auch im Krieg wird die Pressefreiheit mit Füßen getreten. Das wissen regierungskritische Journalisten in Russland genauso wie ihre pro-russischen Kollegen in der Ukraine. Die Ermordung von Oles Buzina in Kiew Mitte April hat das eindringlich bewiesen. Meinungsfreiheit in China, Weißrussland oder Eritrea? Trotz aller Proteste der vergangenen Jahre hat sich an der trostlosen Lage für mutige Journalistinnen und Journalisten dort nichts geändert. Denken wir an Gao Yu, eine Mitarbeiterin der Deutschen Welle, die gerade in Peking zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt wurde – nicht zum ersten Mal.

Im Vergleich dazu leben wir in Westeuropa in paradiesischen Zuständen. Und dennoch müssen uns etwa die neuen Pläne der Bundesregierung für eine Vorratsdatenspeicherung misstrauisch machen. Wer die Pressefreiheit schützen will, muss auch die Daten von Journalisten schützen. Mord und Haftstrafen in anderen Teilen der Welt dürfen uns nicht daran hindern, am 3. Mai auch hierzulande Angriffe auf den Informantenschutz und die Medienfreiheit als solche zu benennen.

Immer öfter wird eine Bezahlung verlangt, um alle journalistischen Inhalte im Netz lesen zu können!

Foto: Fotolia / ldprod

TITEL PAID CONTENT

8 **Preisfrage Paid Content**
Von Matthias Kurp

AKTUELL

4 **„Kunst Freiheit"**
20 Jahre MedienGalerie
4 **Protest gegen Bild-Berichterstattung**
4 **Medientage in Lage-Hörste**
4 **Stimmrechte VG Wort**
5 **Briefe an M**
6 **Stellenausschreibung Hamburg**
6 **Der öffentlich-rechtliche Rundfunk unter Druck: Erfüllt die Finanzierung noch ihren Zweck?**

KOLUMNE

6 **Kriminell oder verdienstvoll**
Datenklau per Keylogger – eine Debatte über gute und böse Whistleblower

FACHBEREICHSKONFERENZ

12 **Streitbar und konfliktfähig**
Konferenzaufträge: Jugend fördern, Mindestlohn und Streikrecht stärken

Foto: Kay Herschelmann

TARIFE + BERUF

14 **NDR legt ein erstes Angebot vor**
Tarifverhandlungen beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk
14 **Lokalredaktionen geschlossen**
14 **Frankenberger Zeitung soll eingestellt werden**
15 **dju-Hochschulgruppen in Gießen und Mainz**
15 **Fuß fassen Tour in Frankfurt**
15 **Schon entdeckt? Fernsehkritik-TV**
16 **Kommunikation als Lebenskunst**
16 **Die Klarnamendebatte**
16 **Mehr Geld für Reuters-Beschäftigte**
16 **ver.di-Beratung für Cloudworker online**

MEDIEN + RECHT

17 **Am Ende gewonnen und doch verloren**
Volksstimme Magdeburg: Vier Jahre Kampf um den Arbeitsplatz

MEDIEN + POLITIK

18 **Transparenz per Gesetz**
Gute Beteiligung in Rheinland-Pfalz – Sendepause in Baden-Württemberg
19 **Totalüberwachung droht**
Regierung plant anlasslose Datenspeicherung aller Telekommunikationsdaten

MEDIEN + GESELLSCHAFT

20 **„Der NSU-Schlüssel liegt in Heilbronn"**
Umfangreiche Recherche trotz geringer Ressourcen in Sachen Nazi-Untergruppen
21 **Start von Politico Europe**
Mit ausgewählten Themen die Lese-Lust von Spitzenpolitikern wecken
22 **Unmut der Filmfrauen**
Benachteiligung bei Filmförderung und Sender-Budgets
23 **Ein anderer Beginn**
Neues Printprojekt Leipziger Zeitung ab Mai wöchentlich

MEDIEN + INTERNATIONAL

24 **Das Ende der Medienoligarchen**
Rumänien: Verurteilungen wegen Korruption und weitere Ermittlungen
25 **Niederländische Korrespondentin frei**
25 **Russlandfreundlicher Journalist erschossen**
25 **Europäischer Rat startet Seite zur Pressefreiheit**
26 **Keine Lust auf Debatte**
Schweres Fahrwasser für BBC im Klima politischer Instabilität
27 **Hartes Willkürurteil**
27 **Mumia schwer erkrankt**
27 **Web-Gesetz gekippt**
27 **Aktion für César Omar Silv Rosales, Honduras**
28 **Einzige Alternative Exil**
Medien auf der Krim – „gesetzloser Zustand" ein Jahr nach der Annexion
29 **ERT wieder on air**
Griechenland: Entlassene kehren in öffentlich-rechtlichen Sender zurück

SERVICE/LEUTE

30 **Leute**
31 **Impressum**

AKTUELL NOTIERT

Interessante Nachrichten und Berichte aus der Medienbranche – mehr zum Lesen zwischen den Print-Ausgaben auf der M-Website http://mmm.verdi.de/aktuell-notiert

SERVICE ZUM SURFEN

Der Service ist im Netz unter: http://mmm.verdi.de/service

Grafik: Hermann Haubrich

Editorial

Foto: Christian v. Polentz

Auftrag klar, Ärmel hoch

„Der Auftrag ist klar, also Ärmel hoch", forderte der neu gewählte Fachbereichsvorsitzende Ulrich Janßen zum Schluss der Konferenz die Gewerkschafter aus Medien, Kunst und Industrie auf. Mitgliedergewinnung, am besten durch direkten Kontakt und Gespräche im Betrieb, bei Tarif- und Honorarauseinandersetzungen ist eine Aufgabe. Weitere Themen sind die umstrittene Tarifeinheit, die Durchsetzung des Mindestlohns, die Novellierung des Urhebervertragsrechts, Erhalt der Pressevielfalt, die digitale Transformation der Medienbranche, eine gute gewerkschaftliche Bildung in ver.di und dafür, nicht zuletzt, der Erhalt des Medieninstituts in Lage-Hörste. Solidarität der Gesamtorganisation wurde für die streikenden Drucker von Giesecke & Devrient in München und die Tänzerinnen des Staatsballetts Berlin eingefordert. Jede Menge Diskussionen, geführt mit ver.di-Chef Frank Bsirske und dem mit 85,1 Prozent erneut zum Fachbereichsleiter gewählten und damit für den Bundesvorstand nominierten Frank Werneke – eine interessante Konferenz (S.12/13).

Der Umbruch im Printbereich, der von den Zeitungen zunehmend digitale Präsenz verlangt, betrifft viele Medienschaffende in ver.di. Sie erleben Redaktionsschließungen (S.14), Tarifflucht, die Zerstückelung von Verlagen (S.17) … hautnah. Gleichwohl machen sinkende Auflagen und magere Anzeigeneinahmen den Printmedien zu schaffen. So hat die Frage nach bezahlten journalistischen Inhalten im Internet in diesen Tagen Brisanz gewonnen. M gibt mit ihrer aktuellen Titelgeschichte einen Überblick über getestete Abo-Modelle, über Für und Wider sowie erste Bilanzen (S. 8–11). Trotz alledem wagen es drei Gründer, ein neues Produkt auf den Printmarkt zu werfen, die *Leipziger Zeitung*! (S. 23)

Der M-Blick auf audiovisuelle Medien richtet sich in dieser Ausgabe einmal mehr ins Ausland. In Griechenland wird die rechtswidrige Schließung des öffentlich-rechtlichen Senders ERT korrigiert. Entlassene erhalten ihren Arbeitsplatz zurück (S. 29).
In Großbritannien bewegt sich die BBC infolge politischer Instabilität in schwerem Fahrwasser (S. 26).
Rumänische Zeitungen, Radio- und Fernsehsender werden aus den Fängen korrupter Medienoligarchen befreit. Einige sitzen bereits im Gefängnis (S. 24).

Karin Wenk, verantwortliche Redakteurin

„Kunst Freiheit“
20 Jahre MedienGalerie

Anlässlich des 20jährigen Jubiläums der MedienGalerie im Haus der Buchdrucker in Berlin wird am 11. Juni die Ausstellung „Kunst Freiheit“ der Fachgruppe Bildende Kunst in ver.di Berlin-Brandenburg eröffnet. Sie ist bis zum 30. Juli zu sehen.

Am 27. Januar 1992 stellte der Verband deutscher Schriftsteller (VS) Berlin den Antrag, es „sollte umgehend eine Berliner IG-Medien-Galerie eingerichtet werden. … In der Galerie können Ausstellungen, Lesungen, Konzerte, Filmvorführungen, Vorträge, Diskussionen und andere Veranstaltungen durchgeführt werden, sowohl für die Öffentlichkeit als auch für die Mitglieder der IG Medien.“ Am 2. Mai 1995 öffnete die MedienGalerie ihre Türen – 62 Jahre nachdem das Verbandshaus der Deutschen Buchdrucker von den Nazis besetzt worden war. 50 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus. Die Fachgruppe Bildende Kunst zeigte als erste Ausstellung: „verbrannt – befreit – verhüllt. Der Reichstagsbrand und das neue Deutschland“. 2015 im Mai ist die 120ste Ausstellung zu sehen.

www.mediengalerie.org ■

Stimmrechte VG Wort

Anfang Mai wurden die Einladungen zu den diesjährigen Versammlungen der Verwertungsgesellschaft Wort verschickt. Für den 29. Mai lädt sie alle Wahrnehmungsberechtigten nach München zur diesjährigen Versammlung ein. Dort werden die Delegierten der Wahrnehmungsberechtigten gewählt. Am Folgetag treffen sich die Mitglieder zu ihrer Versammlung, die unter anderem den Verwaltungsrat wählen. Wer an den Versammlungen nicht teilnehmen kann, denke bitte an die Stimmrechtsübertragung. Bei Rückfragen bitte einfach eine Mail an **urheber@verdi.de** ■

Foto: Christian von Polentz

Protest gegen Bild-Berichterstattung

Aktivisten des Internetportals Rebellunion protestierten am 11. April vor dem Springer-Hochhaus in Berlin gegen den Kampagnenjournalismus der Springer-Presse, vor allem der *Bild*-Zeitung. „Seit ihrem Bestehen fällt die Bild immer wieder durch menschenverachtende Hetze und unehrlichen Kampagnenjournalismus auf. Ob im Umgang mit Griechenland, ständiger Kriegshetze, Hetze gegen Muslime oder erst kürzlich im Umgang mit der Germanwings-Tragödie, die *Bild* leistet sich immer wieder gröbste Verletzungen aller journalistischen Standards“, hieß es in dem Aufruf zur Protestaktion.

http://diefreiheitsliebe.de/gesellschaft/bildboykott-demo-vor-dem-axel-springer-haus/
https://www.facebook.com/Rebellunion?fref=ts

5. Medientage

des ver.di Fachbereichs 8 in Lage-Hörste 2015 vom 29. bis zum 31. Mai
Anmeldung: www.imk.verdi.de

Entfremdete Medien?
Die Rolle von Glaubwürdigkeit und Vertrauen im Journalismus

VORTRÄGE

Wir sind nicht die Guten: Was leisten die Medien in unserer Demokratie noch?
Steffen Grimberg, Leiter Grimme-Preis, Grimme-Institut, Marl

Berichterstattung aus Krisenregionen: Was ist die Wirklichkeit und wie beschreibt man sie?
Chris Grodotzki, Fotograf

Vorurteile, Frust und Fremdenfeindlichkeit: Müssen sich die Medien den Menschen anpassen?
Alexander Häusler, wiss. Mitarbeiter am Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus der Fachhochschule Düsseldorf

Bürgerreporter im Lokaljournalismus: eine neue Medienökonomie?
Horst Röper, Leiter des FORMATT-Instituts Dortmund

WORKSHOPS

Wie funktioniert „Bürgerjournalismus“? Ein Praxisworkshop am Beispiel von lokalkompass.de
Helgo Ollmann, Medienpädagoge

Gekaufte Wahrheiten: Der richtige Umgang mit PR und Propaganda im Netz
Julia Hoffmann, wiss. Mitarbeiterin am Institut für Kommunikationswissenschaft TU Dresden

Verleumdungen, Shitstorms und Gewaltandrohungen: Wie schütze ich meine Identität?
Hauke Gierow, Reporter ohne Grenzen

Zusammenfassung, Denkanstöße und Schlussfolgerungen
Uli Janßen, dju-Bundesvorsitzender

Tagungsleitung: Karlheinz Grieger

Briefe

Wir freuen uns über Briefe. Manchmal müssen wir Leserbriefe kürzen. Wir bitten dafür um Verständnis.

ver.di
Bundesverwaltung
Karin Wenk
«M»-Redaktion
10112 Berlin

Tel: (030) 69 56 23 26
E-Mail:
karin.wenk@verdi.de

NSU-Berichterstattung in Pforzheimer Zeitung

M 1.2015 „Willfährig auf Umwegen"

Als Chefredakteur der *Pforzheimer Zeitung* habe ich mit Interesse den Artikel „Willfährig auf Irrwegen" zum NSU-Prozess in Ihrer aktuellen Ausgabe gelesen. Erlauben Sie mir den Hinweis, dass die *Pforzheimer Zeitung* mit der renommierten Gerichtsreporterin Wiebke Ramm seit Anbeginn des Prozesses im Münchner Oberlandesgericht vertreten ist. Daraus entstanden ist nicht nur eine kontinuierliche und hintergründige Berichterstattung in der *Pforzheimer Zeitung*, die sich auch mit den Zusammenhängen außerhalb des Gerichtssaals befasst, sondern auch ein Twitter-Protokoll, das bundesweite Beachtung findet. Sie finden dieses Protokoll unter www.twitter.com/ pzhautnah **Magnus Schlecht, Chefredakteur, Pforzheimer Zeitung** ■

Klare Angaben im Tagesspiegel

M 1.2015 „Glaubwürdigkeit beschädigt"

Ich habe mich beim *Tagesspiegel* mehrfach mit falschen Bildern zum Ukraine-Konflikt beschäftigt – und deshalb auch mit Interesse den Text „Glaubwürdigkeit beschädigt" in der neuen Ausgabe der M gelesen. Und mich dann geärgert über eine Passage, in der es um ein falsches Foto auf heute.de zur von Kiew behaupteten Invasion 50 russischer Panzer in die Ukraine ging. In der Tat ein kritikwürdiger Vorgang. Weiter heißt es dann: „Auch *Focus Online*, *tagesspiegel.de* und *Zeit Online* griffen diese News auf." Suggeriert wird hier, dass all diese Medien ebenfalls falsche Fotos zur Bebilderung der Nachricht genutzt haben.

Zumindest für den *Tagesspiegel* kann ich das ausschließen. In unserem Ticker haben wir zwar über die angeblich einfahrenden russischen Panzer berichtet, dabei aber sowohl in der Überschrift als auch im Text klar gemacht, dass es sich um Angaben aus Kiew handelt: http://www.tagesspiegel.de/politik/ukraine-gipfel-in-im-liveticker-der-lange-weg-zur-einigung-von-minsk/11356902.html **Matthias Meisner, Hauptstadtredaktion, Der Tagesspiegel** ■

Ärger mit der Durchschnittszahl

M 1.2015 „Keiner schiebt uns weg"

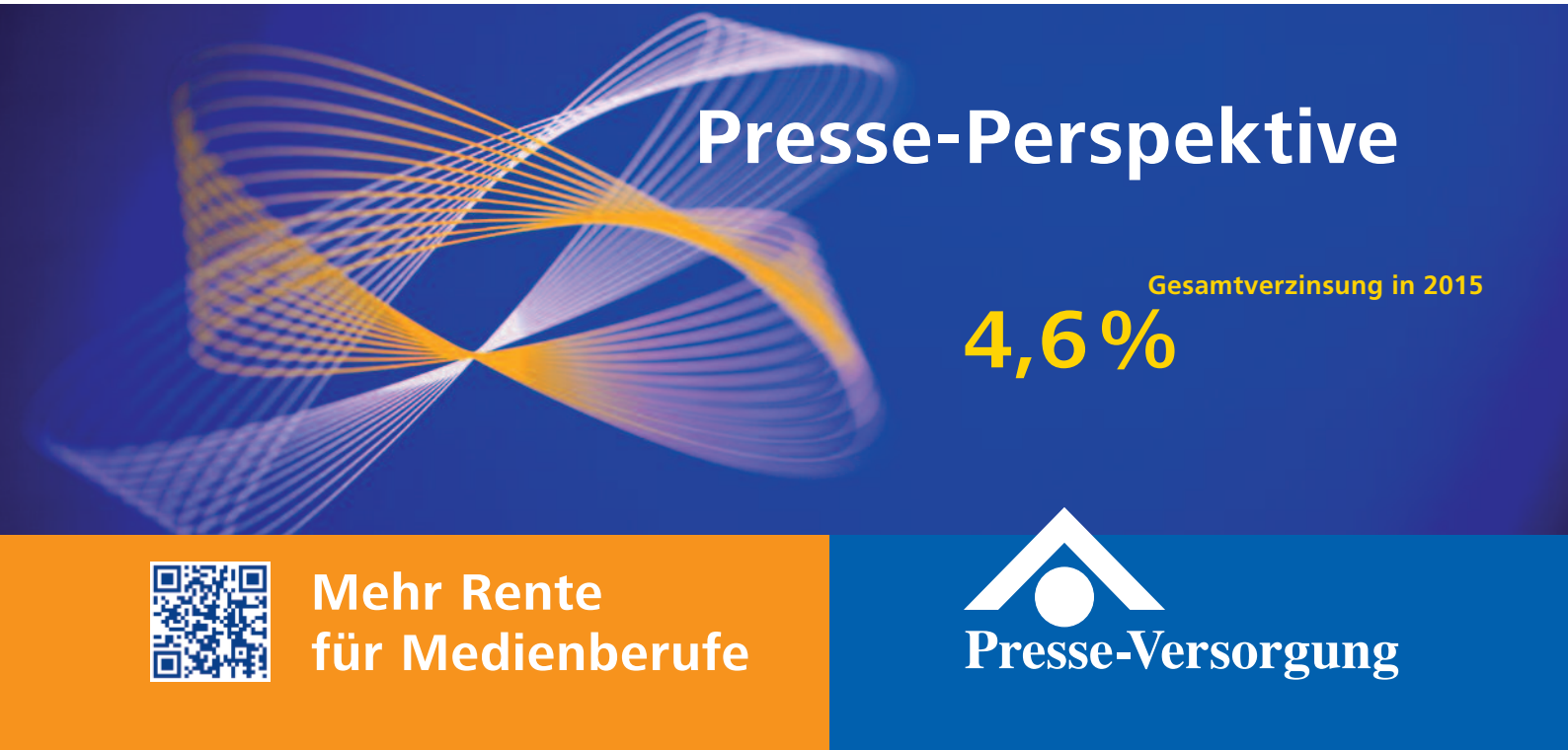
Zum wiederholten Male: Die stets aufs neue kolportierte Zahl von „22 Prozent", dass Frauen durchschnittlich angeblich weniger verdienen als Männer, stimmt nicht. … Grundlage dieser Zahl sind Privatbetriebe mit mehr als zehn Mitarbeitern inklusive der Spitzengehälter, die mehrheitlich Männer einstreichen. Bei der Berechnung fehlen also Familien-Kleinbetriebe, wo Gewinne sowieso einheitlich verteilt werden, und der gesamte öffentliche Dienst, wo im Allgemeinen ebenfalls gleiche Löhne gezahlt werden. Nicht berücksichtigt sind außerdem die Tarifgruppen nach Ausbildung, Qualifikation, Arbeitsjahren usw. … Der Lohnunterschied ist in erster Linie also ein soziales Problem und keine Geschlechterfrage. Doch damit haben wir einen ganz anderen Blick auf das Problem als durch die angebliche Geschlechterdifferenz-Sicht. Die führt zu Entsolidarisierung zwischen Männern und Frauen, verschleiert die tatsächlichen Profiteure und soll Männer von Lohnforderungen abhalten. … Leider wird sie (die Zahl 22 Prozent) von Journalisten und Journalistinnen überhaupt nicht hinterfragt.

Thomas Moser, Berlin ■

Anmerkung der Redaktion:

Im M-Bericht wird auf die „Durchschnittszahl" hingewiesen und dann weiter differenziert. Weitere Fakten aus dem Referat konnten aus Platzgründen nicht aufgeführt werden, wurden aber diskutiert.
Der Vortrag von Prof. Ursula Schumm-Garling unter: http://tinyurl.com/px9369q

Anzeige



connexx.av
Interessenvertretung für Mitarbeiter von
Rundfunk, Film, AV-Produktion und Neue Medien

Stellenausschreibung

Gewerkschaftssekretär/in connexx.av Hamburg ab Oktober 2015

connexx.av gehört zu ver.di. Wir arbeiten für eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Gewerkschaftsmitglieder und sind das ver.di-Netzwerk für Medienschaffende an den großen Medienstandorten mit Büros in Berlin, Frankfurt/Main, Hamburg, Köln und München.
Für das Büro in Hamburg ist die Stelle eines/r Gewerkschaftssekretärs/in in Vollzeit ab 1. Oktober 2015 zu besetzen.

Die Arbeitsschwerpunkte sind:
- Gewerkschaftliche Begleitung und Beratung von Betriebs- und Personalräten, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und freien oder freiberuflichen Medienschaffenden,
- Aufbau von Kontakten zum Zweck der Mitgliedergewinnung in noch nicht oder nur unzureichend organisierten Betrieben und Freien oder freiberuflich Beschäftigten in der Medienbranche (dazu zählen in Hamburg Tochterunternehmen und Auftragnehmer von öffentlich-rechtlichen Sendern, Privat-Rundfunk, Filmwirtschaft und Online-Medien/Online-Dienste insbesondere von Verlagsunternehmen),
- Beratung von Einzelmitgliedern in Arbeits-, Sozial- und geltendem Tarifrecht,
- Betreuung von Teilen der Fachgruppe Medien im Team des Landesfachbereichs Hamburg/Nord und insbesondere der ver.di FilmUnion Nord,
- Betriebsbetreuung nach weiterer jährlicher Planung zu Schwerpunktbetrieben.

Die Anforderungen an den/die Gewerkschaftssekretärs/in sind:
- Kenntnisse in Arbeitsrecht, Tarifrecht, Betriebsverfassungsrecht, Urheberrecht, Sozialrecht,
- Branchenkenntnisse über die Arbeits- und Produktionsbedingungen im öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk, in der Filmwirtschaft sowie in Online-Medien / Online-Diensten,
- Eine analytische Auffassungsgabe zu arbeits- und betriebsverfassungsrechtlichen Problemstellungen, die Fähigkeit zur Entwicklung von Lösungsansätzen zu den in der Beratung von Mitgliedern und Betriebsräten erscheinenden Konfliktsituationen, wenn nötig in Verhandlungen Durchsetzungsvermögen sowie Moderations- und Beratungskompetenz in gewerkschaftlichen Gremien, bei Mitgliederversammlungen und Informationsveranstaltungen
- Sicheres und überzeugendes Auftreten sowie gute verbale und schriftliche Ausdrucksfähigkeiten bei der direkten Kommunikation, in Korrespondenz und Öffentlichkeitsarbeit,
- Fähigkeit und Bereitschaft zur Teamarbeit und in Projektstrukturen,
- Kompetenz in der Büroorganisation, umfassende PC-Kenntnisse (MS Office, Outlook), versierter Umgang mit Kommunikationsmitteln (E-Mail, sozialen Netzwerken, Kommunikation auf Internetseiten),
- Bereitschaft zu Reisetätigkeit, zu selbstständigem und eigenverantwortlichem Arbeiten sowie zur Arbeit auch an Wochenenden und in den Abendstunden.

Die Eingruppierung der Stelle erfolgt nach den Allgemeinen Anstellungsbedingungen der ver.di (Gehaltsgruppe 7.1 später 7.3.). Die schriftlichen Bewerbungsunterlagen bitte bis zum 18. Mai 2015 an diese Anschrift richten:
connexx.av GmbH c/o ver.di
Geschäftsführung Matthias von Fintel
Paula-Thiede-Ufer 10
10117 Berlin

Für weitere Nachfragen ist die Geschäftsführung von connexx.av, Matthias von Fintel, unter 030 / 69 56–2321 bzw. per Email matthias.vonfintel@verdi.de zu erreichen.

„Der öffentlich-rechtliche Rundfunk unter Druck: Erfüllt die Finanzierung (noch) ihren Zweck?"

Mitte diesen Jahres steht Medienpolitik auf der Tagesordnung der Ministerpräsidentenkonferenz, die Rundfunkanstalten müssen in diesen Wochen ihren Finanzbedarf bei der KEF anmelden, die Politik will Werbung im Rundfunk einschränken und ARD und ZDF sollen Personal abbauen. Das sind die Themen der nächsten medienpolitischen Tagung von ver.di in Frankfurt.

27. Mai 2015, beim Hessischen Rundfunk

PROGRAMMPUNKTE:

14:00 Uhr Begrüßung
Dr. Helmut Reitze, Intendant Hessischer Rundfunk
Frank Werneke, Stellv. Vorsitzender ver.di

14:15 Uhr Werbung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk reduzieren
Dr. Marc Jan Eumann, Staatssekretär für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen

14:25 Uhr Entgegnung: Auswirkungen für die ARD-Finanzen
Dr. Helmut Reitze

14:35 Uhr Podiumsdiskussion
Doppelzüngigkeit der Politik? Wer gleicht den Wegfall der Werbeeinnahmen aus?
Dr. Marc Jan Eumann, Staatssekretär;
Dr. Helmut Reitze; Hans-Albert Stechl, Vorsitzender SWR-Verwaltungsrat und Tina Beuchler, Digital & Media Director, Nestlé Deutschland

16:00 Uhr KEF: Handlanger der Politik oder Kontrolleure mit ökonomischem Sachverstand?
Ralf Seibicke, Stellv. Vorsitzender der KEF

16:15 Uhr Ralf Seibicke im Dialog
Fragen aus dem Plenum, von Mitgliedern aus Rundfunkgremien und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den Rundfunkanstalten

18:00 Uhr Abschlussdiskussion
mit Jacqueline Kraege, Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz für Bundesangelegenheiten, Europa, Medien und Digitales; Dr. Helmut Reitze; Ralf Seibicke; Frank Werneke und Axel Wintermeyer, Staatsminister und Chef der Hessischen Staatskanzlei

Verabschiedung: Frank Werneke

Moderation: Kristin Gesang, Uli Röhm
Planung und Organisation: Uli Röhm, ver.di Arbeitskreis Medienpolitik
Kosten: Die Teilnahme ist unentgeltlich.

Anmeldung und Programm:
http://rundfunk.verdi.de/service/veranstaltungen

Kriminell oder verdienstvoll

Datenklau per Keylogger – eine Debatte über gute und böse Whistleblower

Von Günter Herkel | Die linksalternative Tageszeitung taz wurde Opfer einer Ausspähung durch einen Redakteur des eigenen Blatts. Es soll sich um denselben Mann handeln, der heimlich Dienstgespräche in der Süddeutschen Zeitung mitschnitt, um einen angeblichen Skandal zu belegen. Der Redakteur wurde entlassen, die taz hat Strafanzeige gestellt.

Der Vorgang schockierte die Branche. Einige Medien reagierten mit Häme: Ausgerechnet die *taz*, die sonst jeden Geheimnisverrat eines Whistleblowers als Dienst an der Demokratie zelebriere, reagiere nun, nachdem sie selbst betroffen sei, mit strafrechtlichen Maßnahmen. Der „Kult" um den Geheimnisverräter, der Informationen aus der eigenen Organisation stehle, so der Vorwurf, habe Maßstäbe erodieren lassen. Investigative Recherchen würden – aus vermeintlich höherer Moral – per se über das Recht gestellt.

Wer so argumentiert, wirft Unvereinbares in einen Topf. Eine differenzierte Betrachtung kann nicht daran vorbei gehen, die Motive der jeweiligen Geheimnisverräter zu prüfen. Ob Julian Assange mit seinen Wiki-Leaks, ob Chelsea Manning, die US-Folter im Irak offengelegt hat, selbstverständlich auch Edward Snowden mit seinen Enthüllungen über die Überwachungspraxis der NSA – alle drei sind zweifelsohne Personen, die unter hohem persönlichen Einsatz und Risiko gesellschaftliche Missstände aufgedeckt haben. Vor diesem Hintergrund haben sie der Demokratie einen Dienst erwiesen.

Welche Absichten verfolgte demgegenüber der *taz*-Redakteur, der in flagranti beim Ausspähen seiner Kollegen ertappt wurde? Mit eben den Methoden, die das Bundeskriminalamt unter dem Schlagwort „Onlinedurchsuchung" schon seit Jahr und Tag gern gegen Redaktionen einsetzen würde. Was aber bislang am Widerstand der Betroffenen und der Mediengewerkschaften scheiterte. Lässt sich unterscheiden zwischen gutem und bösem Geheimnisverrat? Für *taz*-Chefredakteurin Ines Pohl gibt es ein entscheidendes Kriterium, an dem sich Undercover-Recherchen messen lassen müssen: die gesellschaftliche Relevanz der so erlangten Informationen. Eine Relevanz, die allemal über einen persönlichen Rachefeldzug oder ähnlich gelagerte Motive hinaus gehen müsse.

Ähnlich sieht es auch der Deutsche Presserat. Grundsätzlich, so heißt es in Ziffer 4 des Pressekodex, dürften bei der Beschaffung von personenbezogenen Daten, Nachrichten, Informationsmaterial und Bildern „keine unlauteren Methoden" angewandt werden. Wer von dieser Regel abweichend verdeckt und mit rechtlich fragwürdigen Methoden recherchiert, für den gibt es laut Presserat-Geschäftsführer Lutz Tillmanns eine hohe Hürde: das Vorhandensein eines „überragenden öffentlichen Interesses" an den so erlangten Informationen. Gleichzeitig gelte aber auch: „Wenn Kollegen Kollegen bespitzeln, dann ist das ein No Go."

Ein No Go? Sollen ausgerechnet Journalisten, die sich viel darauf zugutehalten, gesellschaftliche Missstände aufzudecken, vor Nachforschungen über ihr eigenes Tun abgeschottet werden? Darum gehe es gar nicht, findet Medienwissenschaftler Volker Lilienthal. Auch Journalisten stünden nicht als „Unberührbare" unter Naturschutz. Natürlich müssten auch Journalisten ihre Arbeit einer kritischen Prüfung aussetzen. Aber um ihrer Arbeit nachgehen zu können, sei neben dem Informantenschutz auch der Schutz des Redaktionsgeheimnisses unerlässlich. Ohne diesen Schutzraum sei die Funktionstüchtigkeit einer freien Presse gefährdet.

Klingt überzeugend, hat aber auch den einen oder anderen Widerhaken. Wie lässt sich denn dann das Wirken von Enthüllungsreporter Günter Wallraff beurteilen, des Mannes, der 1977 „bei *Bild* Hans Esser war"? Klar dürfte sein: Mit der Unterscheidung zwischen „guten" und „bösen" Zeitungen kommt man hier medienrechtlich kaum weiter. Das Redaktionsgeheimnis von *Bild* sollte zunächst mal nicht weniger wert sein als das der *taz*. In diesem Sinne urteilte im Wallraff-Beschluss von 1984 grundsätzlich auch das Bundesverfassungsgericht. Zu den Methoden Wallraffs hieß es: „Weder das Grundrecht der Freiheit der Meinungsäußerung noch die Pressefreiheit schützen die rechtswidrige Beschaffung von Informationen." Als solche werteten die Richter seinerzeit auch das „Einschleichen" Wallraffs. Dann aber kommt's: „Eine Ausnahme kann nur gelten, wenn die Bedeutung der Information für die Unterrichtung der Öffentlichkeit und für die öffentliche Meinungsbildung eindeutig die Nachteile überwiegt, welche der Rechtsbruch für die Betroffenen und für die Rechtsordnung nach sich zieht."

Bislang ist nicht erkennbar, welche überragende öffentliche Bedeutung die Spähaktion des einstigen *taz*-Mitarbeiters hätte haben können. Mit einer Enthüllungsreportage, die schwere Menschenrechtsverletzungen im Redaktionsgebäude an der Rudi-Dutschke-Straße nachweist, dürfte kaum zu rechnen sein. Das Abfischen persönlicher Daten in Redaktionen per Keylogger ist eindeutig eine kriminelle Handlung. Das Aufdecken millionenfacher Grundrechtsverletzung wie im Fall Snowden dagegen ein Dienst an der Demokratie.

In der *taz*-Redaktion jedenfalls hat der Datendiebstahl Wirkung hinterlassen. Der Schaden wird als beträchtlich angesehen. Wer bislang vertrauensvoll mit einem Redaktionsmitglied zusammenarbeitete, wird sich nun fragen, wie vertraulich diese Kommunikation noch ist. Gefährdet ist damit auch die bislang in der *taz* gelebte offene und lebendige Diskussionskultur. Eine Kultur, die nicht zuletzt auch den Charme dieser Zeitung ausmacht. Es wäre ein unangenehmer Folgeeffekt, wenn eine Redaktion bei ihrer Arbeit aus Furcht vor Ausspähung von Paranoia ergriffen würde. Zwecks besserer Absicherung der Informanten betreibt die *taz* jetzt verschärft digitales Sicherheitstraining samt Datenverschlüsselung zum Schutz des Redaktionsgeheimnisses. Im Zweifelsfall gilt: Vorsicht ist die Mutter der Porzellankiste. ■

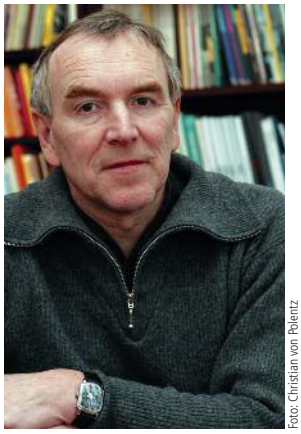


Foto: Christian von Polentz

Günter Herkel

lebt in Berlin und arbeitet als freier Medienjournalist für Branchenmagazine in Print und Rundfunk.

Im Printbereich sinken Auflagen und Anzeigeneinnahmen. Deshalb hoffen vor allem Zeitungsverlage auf höhere Erlöse im Internet. Die Zeiten, in denen Verlagshäuser ihre Artikel online gratis anbieten, sollen bald vorbei sein. Stattdessen will die Printbranche im Internet mit sogenanntem Paid Content mehr Geld verdienen. Dabei geht es um digital verbreitete Bezahlinhalte. Die Preisfrage dabei lautet: Wie lässt sich im Netz endlich eine Bezahlkultur durchsetzen? Gelingt dies nicht, steht das komplette Geschäftsmodell des Zeitungsjournalismus auf dem Spiel.

Von Matthias Kurp

Foto: Fotolia / Yeko Photo Studio

Preisfrage Paid Content

Die Tageszeitungen in Deutschland haben seit der Jahrtausendwende fast ein Drittel ihrer verkauften Auflage und mehr als zwanzig Prozent ihrer Umsätze verloren. Im Anzeigenbereich brach der Umsatz in den vergangenen fünfzehn Jahren sogar um mehr als die Hälfte ein. Dass beim Vertrieb die Erlöse trotz gewaltiger Auflagenverluste weiterhin kletterten, lag allein an zahlreichen Preiserhöhungen. Der Zeitungsmarkt steckt in der Krise: Schrumpfen die Auflagen, gehen die Werbeeinnahmen zurück. Sinkende Erlöse wiederum führen dazu, dass weniger in die Redaktion investiert werden kann (Anzeigen-Auflagen-Spirale). So fehlt es vielen Blättern an Argumenten, um neue Leser zu gewinnen, während vor allem junge Rezipienten ihre News komplett über das World Wide Web beziehen. Dort gibt es journalistische Inhalte gratis. Außerdem sind auch die Rubriken-Anzeigen für Autos, Immobilien oder Stellenanzeigen größtenteils in die Online-Welt abgewandert.

Galt das Internet einst als Heilsbringer der Mediengesellschaft und vermeintliche Cash Cow, bedroht es mittlerweile traditionelle Geschäftsmodelle wie das der Printmedien. So hat etwa die *Bild*-Zeitung binnen eines Jahrzehnts die Hälfte ihrer Auflage verloren. Boulevard-Journalismus findet sich nämlich inzwischen nicht nur im Fernsehen, sondern auch im Internet. Der Axel-Springer-Vorstandsvorsitzende Mathias Döpfner warnt bereits seit Jahren davor, mit der gedruckten Presse könne es schon bald vorbei sein, und es müssten neue Erlösquellen her. Deshalb führte Springers Zeitung *Die Welt* im Dezember 2012 als erste überregionale deutsche Tageszeitung eine sogenannte Bezahlschranke für Online-Inhalte ein. Leser können seitdem pro Monat nur noch zwanzig Texte bei *welt.de* gratis anklicken. Wer mehr lesen will, muss ein Monatsabo für mindestens 4,49 Euro abschließen. Solche Systeme werden als Metered Model bezeichnet (siehe Info-Kasten) und sollen Internetnutzer allmählich daran gewöhnen, für Online-Inhalte der Zeitungen zu bezahlen.

Bei *Bild.de* verfolgt Springer seit Juni 2013 ein Freemium-Modell namens *Bild Plus*. Dabei sind viele Artikel kostenlos, für exklusive Inhalte (u.a. Bundesliga-Highlights als Video) aber muss bezahlt werden, und zwar mindestens 4,99 Euro pro Monat. Bislang haben sich dafür etwa 1,5 Prozent der Nutzer von *Bild.de* entschieden. Schaute die Branche zunächst skeptisch auf die Springer-Experimente, wächst neuerdings die Zahl der Verlagsmanager, die einsehen, dass es sich Zeitungen angesichts kontinuierlich sinkender Erlöse im Printgeschäft kaum noch leisten können, redaktionelle Inhalte online zu verschenken.

Paid Content schwer durchsetzbar. Die Idee, das Print-Abo-Modell eins zu eins auf das Internet zu übertragen, fasziniert viele in der Branche. Einige Versuche, mit der „All-for-free-Mentalität" der Online-Welt zu brechen und journalistische Inhalte auch in digitaler Form nur noch gegen Entgelt anzubieten, sind allerdings bereits gescheitert. So musste etwa Rupert Murdoch 2012 seine Tablet-Zeitung *The Daily* nach knapp zwei Jahren wieder einstellen. Um profitabel zu sein, hatten die etwa 100.000 Abonnenten, die eine Zeitung aus Papier gegen ein Tablet tauschten, einfach nicht ausgereicht. Entsprechend vorsichtig operieren die meisten deutschen Verleger. Zwar starteten bereits vor etwa fünf Jahren einige Zeitungen Paid Content-Versuche (siehe Artikel „Wenn Zeitung digitale Wege geht" in M 5/2012). Doch viele Verlage fürchten, durch Bezahlinhalte Internetnutzer und damit Online-Reichweite zu verlieren, was wiederum zu Verlusten bei der Werbung im World Wide Web führen kann. Deshalb hat sich bislang erst etwa eine Handvoll Redaktionen zu einer harten Bezahlschranke (Paywall) entschieden, um die Leser zu zwingen, für sämtliche Online-Inhalte zu zahlen.

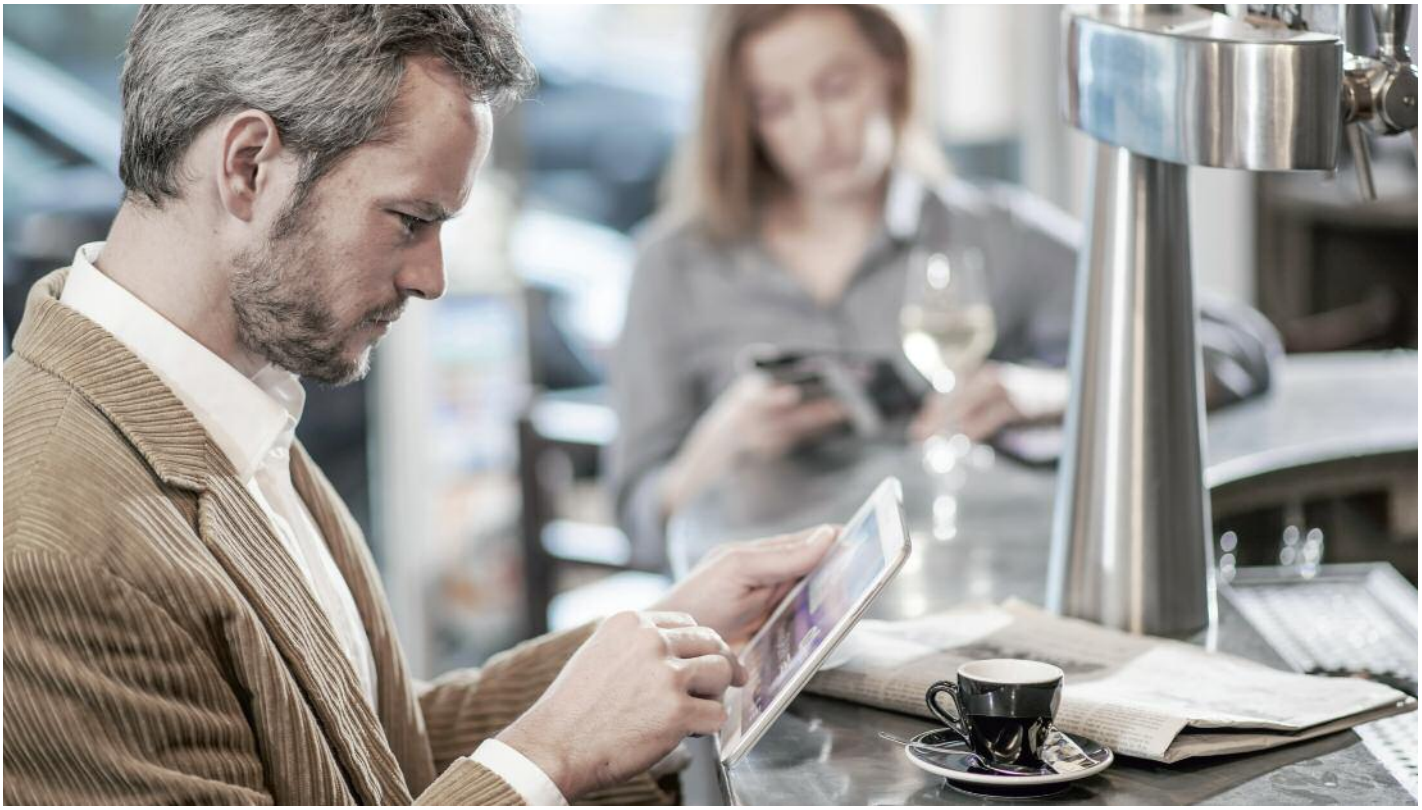


Foto: fotolia / jackfrog

Noch kommt der Espresso nicht online! Die News kann man überall konsumieren! Auch das Papier wird noch gern genommen!

Modelle für Paid Content

Freemium:
Geschäftsmodell, bei dem kostenlos nur ein publizistisches Basisangebot zu haben ist, während darüber hinausgehende Inhalte bezahlt werden müssen. Auf diese Strategie, mit der Leser an das Bezahlen für Online-Inhalte gewöhnt werden sollen, setzen unter anderen Bild, Handelsblatt, Aachener Nachrichten, Aachener Zeitung, Allgäuer Zeitung, Frankfurter Neue Presse, Hamburger Abendblatt, Hamburger Morgenpost, Hannoversche Allgemeine Zeitung, Leipziger Volkszeitung, Nordkurier, Sächsische Zeitung oder Südkurier.

Metered Model:
System, bei dem eine festgelegte Anzahl von Artikeln innerhalb eines gewissen Zeitraums kostenlos genutzt werden kann. Anschließend erfolgt eine Aufforderung zur Bezahlung. Dies kann entweder für einzelne Texte erfolgen oder dadurch, dass sich Leser registrieren lassen und eine Tages- oder Monatspauschale entrichten. Solche Verfahren werden etwa für die Internetseiten von Die Welt, Süddeutsche Zeitung, Augsburger Allgemeine, Badische Zeitung, Darmstädter Echo, Freie Presse, Kölner Stadt-Anzeiger, Main-Post, Mannheimer Morgen, Münstersche Zeitung, Neue Osnabrücker Zeitung, Ruhr Nachrichten, Saarbrücker Zeitung, Schwäbische Zeitung und Südwest Presse eingesetzt.

Harte Bezahlschranke:
Verfahren, bei dem nur Abonnenten oder andere zahlende Kunden Zugriff auf die Online-Inhalte einer Zeitung haben. Dieses digitale System entspricht dem Geschäftsmodell der analogen Printmedien. Es wird eingesetzt von Alfelder Zeitung, Böhme Zeitung, Bocholter-Borkener Volksblatt, Braunschweiger Zeitung, Ibbenbürener Volkszeitung und Rhein-Zeitung.

Spenden-Modell:
Auf eine freiwillige Bezahlung einzelner Artikel oder eine monatliche Spendenpauschale setzt in Deutschland nur die tageszeitung. Dabei werden Leser beim Anklicken einzelner Artikel grundsätzlich um eine Spende (ab 5 Euro monatlich) gebeten, dürfen aber sämtliche Beiträge auch ohne Spende im vollen Umfang nutzen. Matthias Kurp ■

Zu denen, die im Internet nichts mehr verschenken wollen, gehört die Koblenzer *Rhein-Zeitung*. Sie hat Ende Januar einen harten Schnitt gemacht und erlaubt nur noch ihren Printabonnenten, Online-Artikel weiterhin kostenlos zu lesen. Alle anderen Nutzer finden unter *www.rhein-zeitung.de* lediglich die Anreißer von Texten. Werden diese angeklickt, öffnet sich automatisch ein Menüfenster mit der Aufforderung „Bitte melden Sie sich an“. Einzelartikel kosten fünfzig Cent, der Tagespass neunzig Cent und der Monatspass im Jahresabonnement 5,90 Euro, sonst 6,90 Euro.

Reichweiten-Verluste. Als die *Rhein-Zeitung* Ende Februar eine erste Zwischenbilanz zog, konnten zwar einige Hundert zahlende Online-Nutzer gemeldet werden. Zugleich aber war die Online-Reichweite gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat um etwa ein Fünftel zurückgegangen. Wer mit einer Bezahlschranke höhere Einnahmen auf dem Online-Lesermarkt erzielen will, muss also mit weniger Klicks und damit geringeren Erlösen auf dem Werbemarkt rechnen. Deshalb basieren etwa zwei Drittel aller Paid Content-Systeme deutscher Zeitungen bislang auf Freemium-Konzepten und nur etwa ein Drittel verfolgt einen Metered-Model-Ansatz.

Ein Selbstläufer ist Paid Content im Internet noch lange nicht. Während etwa der Springer-Vorstandschef Döpfner seit Jahren das Ende der Gratiskultur im Internet beschwört, verweist Mathias Müller von Blumencron, Chefredakteur des Bereichs Digitale Medien bei der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ)*, auf die enorme Fülle kostenloser Web-Inhalte. Diese werde dazu führen, dass sich Paid Content von Nutzern leicht umgehen lasse. Blumencron, der als *Spiegel-Online*-Chefredakteur bewies, dass sich Journalismus im Internet rein über Werbung finanzieren lässt, hält wenig davon, Zeitungsartikel online nur gegen Entgelt zu vermarkten. Vielmehr müssten Zeitungs-

häuser zusätzliche Inhalte und Produkte entwickeln, die sich per Internet vermarkten lassen.

Auch im Hause Springer ist in Sachen Paid Content noch längst nicht alles Gold, was glänzt. Die Bilanz der Axel Springer SE weist zwar aus, dass bereits die Hälfte des Konzernumsatzes aus dem Online-Bereich stammt und die digitalen Angebote etwa siebzig Prozent zum Konzerngewinn beisteuern. Doch diese Erlöse fließen vor allem aus dem Geschäft mit Online-Werbung. Etwa eine Viertel Million Abonnenten von *Bild Plus* und knapp 60.000 zahlende Leser von *welt.de* sorgen gerade einmal für einen zweistelligen Millionen-Umsatz – angesichts von etwa drei Milliarden Euro Jahresumsatz eher ein symbolischer Erfolg. Und noch etwas trübt die Bilanz: In dem Zeitraum, in dem das digitale Angebot *Bild Plus* 253.000 Abonnenten gewinnen konnte, sank die gedruckte *Bild*-Auflage um mehr als 400.000 Exemplare.

Döpfner hofft, dass die Akzeptanz von Paid Content steigt, wenn immer mehr Zeitungen ihre Online-Inhalte mit Preisschildern versehen. Das Motto dabei lautet „Bezahlkultur statt Gratismentalität". Ob für den erhofften Kulturwandel der Begriff Bezahlschranke wirklich hilfreich ist, darf bezweifelt werden. Als das interaktive Fernsehen eingeführt wurde, hatten Marketing-Experten für Bezahlinhalte den englischen Begriff Walled Garden geschaffen, der später auch von Apple oder Amazon für ihre geschlossenen Internet-Welten verwendet wurde. Deutschen Verlagsmanagern aber scheint es noch an Phantasie zu fehlen, um für Paid Content Begriffe zu schaffen, die mehr nach Verheißung und weniger nach Kontrolle klingen.

Versuch und Irrtum. Auch als die *Süddeutsche Zeitung (SZ)* Ende März einen Teil ihres Online-Angebotes entgeltpflichtig machte, hieß es wieder „*sueddeutsche.de* lässt Bezahlschranke herunter". Seitdem dürfen Nutzer nur noch zehn Artikel pro Monat kostenlos lesen und müssen anschließend entweder ein Digital-Monatsabo für 29,99 Euro abschließen oder einen Tagespass für 1,99 Euro kaufen. Die Zahl der frei lesbaren Texte soll künftig noch weiter sinken. Ob das Projekt zum Erfolg führt? „Niemand kann diese Frage beantworten, bevor man sich an Abo-Modellen versucht hat", erklärte *SZ*-Digitalchef Stefan Plöchinger in einem Blog-Beitrag und betonte, am Prinzip von Versuch und Irrtum gehe vorerst kein Weg vorbei. Ähnlich sehen das zurzeit fast alle Verantwortlichen in den Führungsetagen deutscher Verlagshäuser.

Die linksalternative *tageszeitung (taz)* setzt als einzige Zeitung in Deutschland auf freiwillige Spenden. Bereits vor vier Jahren begann *taz.de* damit, Leser beim Anklicken einzelner Texte zu einem freiwilligen Obolus aufzufordern. Mit dem Motto „taz zahl ich" werden seit März sämtliche Online-Nutzer vor dem Lesen aller Beiträge dazu aufgefordert, freiwillig pro Monat fünf Euro oder mehr zu überweisen. So sollen bis zum Jahresende etwa 20.000 freiwillige Online-Abonnenten gewonnen werden. „Das zu schaffen wäre ein schönes Zeichen für einen unabhängigen Journalismus im Netz", schrieb *taz*-Geschäftsführer Kalle Ruch im eigenen Blatt. Grundsätzlich aber sollen bei *taz.de* sämtliche Inhalte weiterhin auch ohne Spende lesbar bleiben.

Gegner von Paid Content argumentieren meist mit mangelnder Akzeptanz, drohenden Online-Reichweitenverlusten und einer möglichen Kannibalisierung durch kostenlose Online-Angebote anderer Anbieter. Als Gründe für eine Paywall werden vor allem angeführt, dass publizistische Qualität auch im Internet verbindliche Bezahlung voraussetzt und sich nur auf diese Weise Marken und Inhalte gedruckter Zeitungen schützen ließen. Das aber funktioniert nur mit exklusiven Inhalten, möglichst auf spezielle Zielgruppen zugeschnitten. Weil sich Zeitungsverlage immer weniger auf ihr Kerngeschäft mit journalistischen Produkten verlassen können, bleibt häufig nur die Diversifizierung. Die Unternehmensberatung Schickler fand im Auftrag des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) heraus, dass immerhin vierzig Prozent der befragten Unternehmen in diesem Jahr Projekte außerhalb des Print-Bereichs planen. Von den großen Zeitungshäusern (mit Auflagen von mehr als 100.000) erwarten etwa sechzig Prozent, schon in drei Jahren etwa ein Viertel ihrer Erlöse außerhalb des Kerngeschäfts zu erzielen.

Neue Geschäftsfelder. Immer mehr Zeitungshäuser bemühen sich darum, parallel zu den Artikeln, die aus den Zeitungen stammen, weitere Online-Angebote zu platzieren. Dabei kann es sich um Web-2.0-Inhalte wie Fußballblogs handeln (z.B. Blogs für HSV- und St.-Pauli-Fans beim *Hamburger Abendblatt*) oder um eine digitale Sonntagszeitung, wie sie die *Ruhr Nachrichten* im Internet anbieten. Solche Ansätze helfen dabei, im Internet eine eigene Kundenbeziehung zu den Lesern aufzubauen und das Geschäft mit den Nutzerprofilen nicht allein Google Analytics zu überlassen. Weil die Verlage das Aufspielen von Online-Werbung vor allem Dritten übertragen haben, wissen sie wenig über die Nutzer ihrer Internetseiten. Je mehr Kunden von Paid Content sich aber künftig anmelden müssen, desto mehr Nutzerdaten landen direkt bei den Verlagen. Dieses Zahlenmaterial gewinnt im Zeitalter von Big Data stetig an Bedeutung. Deshalb setzen die meisten Zeitungshäuser bei der Verwaltung ihrer Paid Content-Kunden auf Inhouse-Lösungen.

Dass die Bereitschaft, für Online-Journalismus zu zahlen, zuletzt ein wenig zugenommen hat, lässt sich an der Entwicklung der E-Paper-Ausgaben deutscher Zeitungen ablesen. Dabei handelt es sich um PDF-Versionen der gedruckten Zeitung, die digital gelesen werden können. Die virtuelle E-Paper-Auflage aller deutschen Zeitungsverlage stieg zwischen 2012 und 2014 immerhin von 276.000 auf 667.000 Exemplare. Die Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern (IVW) erfasste für 2014 insgesamt 175 E-Paper-Angebote.

Nach Ansicht von Holger Kansky, der als Multimedia-Referent des BDZV die Digitalstrategien der Zeitungsverlage im Blick hat, kann Paid Content auf Dauer dazu beitragen, dass Online-Inhalte nicht mehr vorrangig auf Interessen der Werbewirtschaft ausgerichtet werden, sondern dem Ziel dienen, eine eigene Beziehung zu loyalen Nutzern aufzubauen. Sollte diese Hypothese stimmen, käme Paid Content auch der publizistischen Qualität zugute. Kansky geht davon aus, dass die Zahl der Gratis-Klicks, die den Nutzern gewährt werden, bei den meisten Paid Content-Systemen weiter zurückgefahren wird. Nähert sich der digitale Zeitungsmarkt dem

Quelle: BDZV, MMM-Infografik

Deutsche Zeitungen mit Paid Content

Entwicklung der kostenpflichtigen Zeitungswebsites

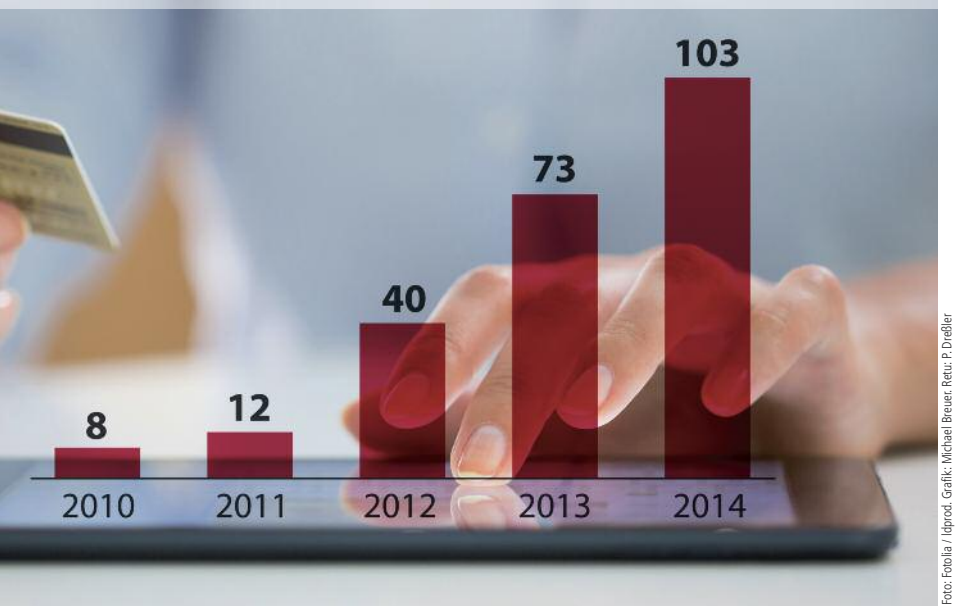


Foto: Fotolia / ldprod. Grafik: Michael Breuer, Retu: P. Dreßler

analogen Geschäftsmodell an, haben Leser die Wahl zwischen Online-Abonnement oder Abrechnung pro Tag oder Text. Bei der Schickler-Umfrage rechnete die Mehrheit der befragten Verlagsmanager bis 2018 mit jährlich etwa fünf Prozent Paid Content-Wachstum.

Smartphones & Wearables. Weil es immer wichtiger wird, Online-Inhalte auf die Bedürfnisse einzelner Nutzer zuzuschneiden, müssen Zeitungsverlage möglichst nah an ihre Leser herankommen. Deshalb spielen auch Smartphones, Tablets und neuerdings sogar Wearables, die am Handgelenk getragen werden können, für die Digitalstrategien der Verlage eine wichtige Rolle. Etwa dreißig bis fünfzig Prozent der Online-Nutzung von Zeitungsangeboten erfolgt nach Schätzungen von BDZV-Referent Kansky bereits per Smartphone oder Tablet. Nach Angaben von Björn Schmidt, der beim Kölner Verlag M. DuMont Schauberg das Digitalgeschäft mit aufbaute und inzwischen die Unternehmenskommunikation leitet, werden Online-Inhalte des Boulevardblatts *Express (express.de)* bereits zu etwa 75 Prozent mit mobilen Endgeräten genutzt. Für die Verlage ist es deshalb wichtig, dass ihre Internetseiten so programmiert werden, dass Online-Inhalte problemlos auf allen Bildschirmen abgebildet werden (responsives Webdesign).

Als neues Geschäftsfeld haben einige Zeitungsverlage den boomenden App-Markt entdeckt. Apps sind eine Form von Paid Content, die bei Konsumenten auf große Zahlungsbereitschaft stößt. Deshalb hat beispielsweise die *Hannoversche Allgemeine Zeitung* mit der kostenpflichtigen Smartphone-App „Mein 96“ eine Plattform für Fußballfans des Vereins Hannover 96 etabliert. Möglich sind aber auch App-Angebote ohne publizistische Inhalte. Deshalb beteiligten sich vier regionale Zeitungshäuser im vergangenen Jahr am Startup Simply local, dessen App Kunden anzeigt, welche lokalen Händler bestimmte Produkte führen. Zum Investoren-Quartett gehören die Weser-Kurier Mediengruppe (Bremen), die Aschendorff Medien GmbH & Co. KG (Münster), die Nordwest-Zeitung Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG (Oldenburg) und die Rhein Main Digital GmbH (Mainz). Aus Sicht der Verlage bildet die Simply-local-App eine ideale Brücke zu den lokalen Werbemärkten, aus denen traditionell der Großteil ihrer Anzeigenerlöse stammt.

Zwei von drei deutschen Zeitungsverlagen planen, so ergab die Schickler-Umfrage, noch in diesem Jahr neue digitale Produkte zu lancieren. Um Erfahrungen mit Smartwatches sammeln zu können, arbeiten die Verlage des *Weser-Kuriers*, der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und der *Neuen Osnabrücker Zeitung* an Inhalten für die neue Apple Watch. Die am Handgelenk tragbaren Wearables gelten für viele als lukrativer Zukunftsmarkt, vor allem aber liefern die mit Sensoren ausgestatteten Computeruhren den Anbietern von Applikationen jede Menge Kundendaten.

Während Apps und andere Anwendungen des mobilen Internets bei den meisten Zeitungshäusern derzeit auf großes Interesse stoßen, begegnen Printmanager anderen Formen der digitalen Ökonomie eher abwartend. Dies gilt beispielsweise für sogenannte Aggregationsmodelle, die nach dem Vorbild des erfolgreichen Musik-Streamingdienstes Spotify gegen Zahlung eines Festbetrages (Flatrate) Zugang zu Inhalten unterschiedlicher Anbieter gewähren. So können etwa Kunden des schwedischen Unternehmens Readly mit ihrem Smartphone oder Tablet für 9,99 Euro pro Monat Zeitschriftenartikel von etwa 900 Titeln nutzen, darunter etwa hundert deutschsprachige.

Ein Aggregationssystem, das auch Zeitungen berücksichtigt, bietet das Berliner Start-up Newscase. Für 9,99 Euro verspricht das Unternehmen, das unter dem Namen Niiu gestartet war, den Kunden individualisierte Nachrichten, die per Tablet oder Smartphone immer und überall verfügbar sind. Noch aber hält sich das Angebot in Grenzen: Zu den wenigen deutschen Zeitungsverlagen, die ihre Inhalte zur Verfügung stellen, gehören Axel Springer (*Bild, Die Welt, B.Z.*), M. DuMont Schauberg (*Berliner Zeitung, Berliner Kurier, Kölner Stadt-Anzeiger, Kölnische Rundschau, Express, Mitteldeutsche Zeitung, Hamburger Morgenpost*), die Funke Mediengruppe (*Hamburger Abendblatt, Berliner Morgenpost*), die Verlagsgruppe Ippen (*Münchner Merkur, tz*) und die Dieter von Holtzbrinck Medien GmbH (*Der Tagesspiegel, Potsdamer Neueste Nachrichten*). Einerseits können Zeitungshäuser durch Aggregationsmodelle neue Einnahmen erzielen, andererseits aber drohen eine Kannibalisierung des eigenen Paid Content, der Verlust des direkten Kundenkontaktes oder die Verwässerung einzelner Marken, wenn deren Produkte in einem riesigen News-Pool untergehen.

Bei der Suche nach digitalen Geschäftsmodellen werden die Verlage noch viel experimentieren müssen. Ob und wie sich Paid Content im Internet durchsetzen wird, ist kaum absehbar. Während der BDZV nach der Schickler-Umfrage die Branche auf dem richtigen Innovationskurs sieht, äußert sich der Dortmunder Zeitungsforscher Horst Röper (FORMATT) skeptischer. „Die Online-Bepreisung von Journalismus ist wichtig, aber es gibt keinen Königsweg“, sagt Röper, und Springer-Vorstandschef Döpfner warnt, wenn Journalismus an sich kein profitables Geschäftsmodell mehr darstelle, dann habe er keine Zukunft. ■

Foto: Fotolia / gkrphoto

Fotos: Kay Herschelmann

Streitbar und konfliktfähig

Konferenzaufträge: Jugend fördern, Mindestlohn und Streikrecht stärken

Die kämpferisch-kollegiale Diskussionskultur gefalle ihm. Er käme gern zu den Medienschaffenden, Künstlern und Industriegewerkschaftern in ver.di, versicherte Frank Bsirske den 90 Delegierten. Die Rede des ver.di-Chefs bildeten ein Highlight, doch nur einen Punkt auf der umfangreichen Agenda der 4. Bundesfachbereichskonferenz Medien, Kunst und Industrie am 25. und 26. April 2015 in Berlin.

Als „selbstbewusst, aber nicht selbstgerecht, streitbar und konfliktfähig" charakterisierte ver.di-Vize und Bundesfachbereichsleiter Frank Werneke die Mitglieder aus Medien, Kunst und Industrie und ihre Aktivitäten in der vergangen Wahlperiode. So gehöre der Fachbereich in ver.di zu denen mit der höchsten Zahl von Arbeitskämpfen. Sie betrafen in den vergangen Jahren Redakteurinnen und Redakteure ebenso wie Beschäftigte in der Druckindustrie und der Papierverarbeitung. ver.di-Mitglieder in Theatern und Bühnen sowie aus Musikschulen hätten sich zu wichtigen Stützen in Tarifkämpfen des öffentlichen Dienstes entwickelt. Eine Besonderheit: Die „Anzahl der Streikenden im Verhältnis zu den Beschäftigten liegt viel höher" als anderswo. Dennoch gebe es im Bereich leider „noch unzählige gewerkschaftsfreie Zonen". Denen werde mit speziellen ver.di-Projekten wie in der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitenden Industrie entgegengewirkt, aber auch mit verstärkten Aktivitäten in Kinos und Senderverbänden. Das Mitgliederprojekt „Perspektive 2015" mit verschiedenen Werbe- und Mitgliederbindungsangeboten, auch der Einrichtung von Mitgliedercentern, sei „Mittel zum Zweck". Es ziele auch auf jene Teile der Arbeitswelt, wo betriebliche Bindung und tarifliche Absicherung nicht gegeben seien, etwa auf Selbständige. Doch auch angestammten Bereichen wie dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk gelte mehr Augenmerk. 900 Neueintritte in diesem Jahr seien hier das Ziel.

Werneke sprach sich energisch gegen alle Versuche aus, das Streikrecht einzuschränken. Aktuell: Der Vorstandsbeschluss der CSU in Bayern, der viertätige Ankündigungsfristen, ein Zwangsschlichtungsverfahren vor jedem Streik und weitere Zumutungen enthält. Sofern das Gesetz zur Tarifeinheit am 7. Mai im Bundestag durchgehe, werde ver.di – so die Empfehlung an den Gewerkschaftsrat – Verfassungsbeschwerde dagegen einlegen. Ein solches Gesetz verschärfe nicht zuletzt die Konkurrenz unter Gewerkschaften und Berufsverbänden. Zersplitterung verschlechtere Einkommensverhältnisse. Risiken drohten aber auch von einem „Bündnis für Industrie", in dem die vier DGB-Gewerkschaften IG Metall, IG BCE, IG BAU und EVG kooperieren und einen Alleinvertretungsanspruch für Industriebeschäftigte ableiten. „Druckindustrie und Papierverarbeitung sind traditionell Teil von ver.di, wir werden keinerlei Boden preisgeben", versicherte der Vize-Vorsitzende.

Debatte in der Antragskommission, der 39 Anträge vorlagen.

Würde kennt keine Ausnahmen. In der Diskussion sprach Robert Stauffer (Bayern) zur kulturpolitischen Arbeit und betonte die Rolle der Gewerkschaftspresse. Zu den „Printmedien im Umbruch" meldete sich Holger Artus (Hamburg) zu Wort. ver.di müsse Begleiter der Beschäftigten in der „digitalen Businesstransformation" sein. Abwehrkämpfe seien nötig, noch wichtiger seien strategische Überlegungen, um Gegenmacht aufzubauen. Peter Stark, stellv. Betriebsratsvorsitzender bei Giesecke & Devrient in München, berichtete vom über viermonatigen Kampf der Belegschaft gegen die Streichung und die Verlagerung von 800 Arbeitsplätzen beim Banknotendrucker, von bereits 17 Streiktagen und öffentlichkeitswirksamen Aktionen. Die Konferenz erklärte ihre Solidarität und verurteilte die Eigentümer, die sich „ihrer sozialen Verantwortung gegenüber den Beschäftigten in unverantwortlicher Weise entledigt haben". Rainer Butenschön (Niedersachsen-Bremen) kritisierte die Haltung mehrerer DGB-Gewerkschaften zur Tarifeinheit und die „Blockbildung" innerhalb der Dachorganisation als eine „fundamentale Fehlentwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung". Gewerkschaften dürften sich nicht gegenseitig „kannibalisieren".

Folgen der Agenda 2010 und aktuelle Entwicklungen in der Arbeitswelt seien ohnehin geeignet, die Beschäftigten in diesem Lande weiter zu „entsichern", wie es durch Minijobs, Scheinselbständigkeit, Leiharbeit und Werkverträge bereits Alltag sei, sagte ver.di-

Ulrich Janßen (l.) ist der der neue Vorsitzende des Bundesfachbereiches. 85,1 Prozent der Delegierten entschieden sich für Frank Werneke als Bundesfachbereichsleiter und nominierten ihn damit für den ver.di-Bundesvorstand, der auf dem Kongress im September gewählt wird.

Lage Hörste

Auf der Konferenz wurden spontan Spenden für den Erhalt der ver.di-Bildungsstätte in Lage-Hörste gesammelt. Es kamen 625,70 Euro zusammen. Der aktuelle Stand (27. April) auf dem Konto des Vereins der Freunde und Förderer wies 136.032,12 Euro aus. www.imk.verdi.de

Das Tagungspräsidium hatte alle Hände voll zu tun neben der eigenen Stimmabgabe für die Anträge oder bei der Gremienwahl

Vorsitzender Frank Bsirske. Lohndrückerei gehöre ein grundsätzlicher Riegel vorgeschoben. Der gesetzliche Mindestlohn bedeute deshalb einen „historischen Erfolg der Gewerkschaftsbewegung“, zu dem ver.di tatkräftig beigetragen habe. Doch gelte: „Würde kennt keine Ausnahmen!“ Das Gerede vom „Bürokratie-Monster“ gehöre zur Arbeitgebertaktik, den Mindestlohn auszuhöhlen. Bsirske regte an, der Kampagne um den Mindestlohn nun eine Kampagne gegen Altersarmut folgen zu lassen. Er kündigte Großkonflikte bei der Postbank, der Deutschen Post AG und im Kita-Bereich an. Für die Auseinandersetzungen „brauchen wir die Solidarität der gesamten Organisation“. ver.di werde sich verstärkt auch um die Digitalisierung von Arbeitsprozessen, um Cloudworker (S.16) und digitale Transparenz kümmern. Nach wie vor hänge gewerkschaftlicher Erfolg aber von Verankerung und Stärke im Betrieb ab, schloss der Redner.

Zukunftsdebatten. Mit gesellschafts-, medien- und tarifpolitischen Anträgen brachte sich die Konferenz in die Zukunftsdebatten zum ver.di-Kongress ein, bezog Stellung, übermittelte Forderungen, Ideen und Anregungen. Um mehr Gerechtigkeit in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung ging es in solchen Anträgen ebenso wie um die Rücknahme der Rente mit 67. Der gesetzliche Mindestlohn soll schnellstmöglich auf zunächst 10 Euro steigen und danach jährlich orientiert am Lohnindex angepasst werden. Sachgrundlose Befristungen von Arbeitsverträgen müssen abgeschafft, Werkverträge gesetzlich geregelt und eingeschränkt werden. Einstimmig beschlossen wurden auch die Forderung nach uneingeschränktem Streikrecht für jede und jeden sowie ein Nein zu Vorratsdatenspeicherung.

Mit einem Antrag „Pressevielfalt sichern – Presseförderung ausweiten und an Bedingungen knüpfen, die dem Erhalt journalistischer Qualität dienen, Pressestatistik wieder bzw. Medienstatistik einführen“ mischt sich die Konferenz in aktuelle medienpolitischen Debatten ein. Ein weiterer Antrag soll Urheberrecht und angemessene Vergütung auf nationaler und europäischer Ebene gewährleisten. Personalvertretungsrechte für arbeitnehmerähnliche Freie wurden ebenso gefordert wie Arbeitnehmervertretungen in Töchtern öffentlich-rechtlicher Sender. Ein umfangreicher Antrag behandelte die Tarifpolitik in der Medienwirtschaft. Er zielt auf eine Trendwende bei Entgeltsteigerungen, da „Menschen und nicht Technik“ für Qualität sorgen.

Ein Leitantrag zur „Perspektive 2015 – ver.di wächst“ sorgte für teils kontroverse Debatten. Die „Stärkung der kollektiven Gewerkschaftsarbeit, insbesondere der Betriebs- und Tarifarbeit setzt eine enge Verzahnung“ zur individuellen Mitgliederarbeit voraus, heißt es darin. Unnötige Fronten zwischen individueller und kollektiver Mitgliederbetreuung sahen Redner. Frank Werneke bekräftigte als Ziel, dass „die politische Arbeit im Fachbereich und in den Landesbezirken besser werden soll“. Die Nachwuchsförderung und der Stellenwert der Jugendarbeit im Fachbereich wurden ebenfalls durch einen Antrag hervorgehoben und mit Statistik bekräftigt. Eine umfangreiche Diskussion rief der Antrag „Bildungsmaßnahmen gehören in Bildungsstätten – Lage-Hörste als unser Haus sichern“ hervor. Delegierte griffen auf, was Constanze Lindemann (Berlin) bereits am ersten Konferenztag beschworen hatte: Gewerkschaftliche Bildungsarbeit sei es, die Konfliktfähigkeit und gewerkschaftliches Handeln begründe. Heidrun Abel (NRW) verlangte, Hörste eine Chance zu geben, Brigitte Praetorius (NRW) setzte die Forderung hinzu, die Arbeitsplätze dort zu erhalten. Heinrich Hartmann (Hessen) sprach sich dafür aus, die „Zeitschiene zu strecken“. Für seine Aussage „Eine Lösung jenseits der Schließung ist möglich“, erhielt er tosenden Applaus. **Helma Nehrlich** ■

Die Berliner Konferenzdelegierte und Ex-Tänzerin Miriam Wolf (am Pult) setzte sich für ihre kämpfenden Kolleginnen und Kollegen am hauptstädtischen Staatsballett ein. Dass ein gesamtes klassisches Ballettensemble inzwischen mehrfach streikte, sei mutig und bislang einmalig.
Die Konferenz begrüßte eine Delegation der Tänzerinnen und Tänzer mit Standing Ovations und stellte sich geschlossen hinter ihre Forderungen nach einem modernen Tarifvertrag. ver.di sei auch die Gewerkschaft der Künstlerinnen und Künstler.

Lokalredaktionen geschlossen

Im März wurde bekannt, dass ab Mai zwischen dem *Schwarzwälder Boten (Schwabo)* und der Konkurrenzzeitung *Südkurier* Gebietsbereinigungen geplant seien. So sollen beim *Schwabo* die Lokalredaktionen in Donaueschingen und Blumberg geschlossen werden, während sich der *Südkurier* aus Triberg und Furtwangen zurückzieht. In den beiden Redaktionsgebieten sollen Kooperationen beider Blätter stattfinden, indem Inhalte dem jeweiligen Konkurrenzblatt zur Verfügung gestellt werden. Offenbar sollen auch Personalkosten eingespart werden. So könnten alleine in den *Schwabo*-Redaktionen bis zu sieben Arbeitsplätze zur Disposition stehen.

ver.di kritisiert in diesem Zusammenhang auch die Art und Weise, wie der zuständige Betriebsrat in dieser Angelegenheit (nicht) informiert wurde und dass die betroffenen Beschäftigten bereits signalisieren sollen, ob sie freiwilligen Aufhebungsverträgen zustimmen oder nicht. „Den Betriebsrat und die Beschäftigten erneut vor vollendete Tatsachen zu stellen, ist „*Schwabo*-like“ und erinnert stark an die Vorgehensweise aus 2011“, erklärt ver.di-Konzernbetreuer Uwe Kreft. „Nachdem man bereits durch Kooperationen im Zustellerbereich zwischen *Schwabo* und *Südkurier* zur Auffassung gelangen konnte, dass der *Schwabo* in diesem Teilgebiet keine Zukunft mehr hat, ist dies nun bittere Realität geworden.“ ■

www.sverdimh.de

Frankenberger Zeitung soll eingestellt werden

Die fortschreitende Pressekonzentration in Hessen führt voraussichtlich zur Schließung einer weiteren Tageszeitung. Am 16. April wurde bekannt, dass die *Frankenberger Zeitung* aus dem Bing-Verlag (Korbach) wohl zum 30. September geschlossen werden soll. Von den rund 80 Beschäftigten des Verlags, der auch die *Waldeckische Landeszeitung* herausgibt, könnten 40 ihren Arbeitsplatz durch Kündigung verlieren. Betroffen von den Plänen sind Verlagsangestellte, Redakteurinnen und Redakteure. Die *Frankenberger Zeitung* hat eine Auflage von 5.300 Exemplaren. Erst im Januar hatte die Verlagsgruppe Madsack (Hannover) den Bing-Verlag an die zur Ippen-Gruppe gehörende MBG (Medien Beteiligungsgesellschaft) in Bad Hersfeld verkauft. Bereits wenige Wochen später wurde Ende März die ebenfalls zur Ippen-Gruppe gerechnete *Waldeckische Allgemeine*, eine Ausgabe der in Kassel erscheinenden *Hessischen/Niedersächsischen Allgemeinen (HNA)*, eingestellt. Dabei gingen 20 Arbeitsplätze verloren.

Monopolist in Nordhessen war die Ippen-Gruppe bereits seit Januar durch die Übernahme der Madsack-Zeitungen in der Region Waldeck-Frankenberg. „Offenbar sieht man bei Ippen aber jetzt auch keine Notwendigkeit mehr, wenigstens ein Minimum an Zeitungsvielfalt zu erhalten. Von den bisher jeweils zwei miteinander im Wettbewerb stehenden Zeitungen wird die jeweils kleinere einfach vom Markt genommen“, kritisiert Manfred Moos vom Fachbereich Medien der ver.di Hessen. **PM** ■

NDR legt ein erstes Angebot vor

Tarifverhandlungen beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Foto: Bernd Kittendorf

Hamburg, März 2015

In der zweiten Verhandlungsrunde für einen Gehalts- bzw. Honorartarifvertrag legte der NDR am 24. April in Hamburg ein Angebot vor. Es lehnt sich an den Abschluss des Tarifvertrags der Länder im Öffentlichen-Dienst (TDL) an. Weitere ARD-Anstalten und auch das ZDF stehen vor dem Verhandlungsbeginn.

Für die Freien bot der NDR die uneingeschränkte Übernahme des Länderabschlusses im Öffentlichen-Dienst an: Für eine Laufzeit von zwei Jahren (nach zwei Leermonaten) 2,1 Prozent auf die tatsächlich gezahlten Honorare plus weitere 2,3 Prozent im zweiten Jahr. Für die Angestellten und Rentner reduzierte er das Angebot jeweils um 0,2 Prozentpunkte. Das sind dann 1,9 Prozent ab Juni 2015 und eine weitere Erhöhung um 2,1 Prozent ab Juni 2016. Zu anderen Punkten, etwa zu einer sozialen Komponente, der Azubi-Vergütung oder einer Übernahme-Garantie für die jungen Menschen, gibt es keine Aussagen. Die Forderung der Sender nach einer Abkoppelung der Renten als Vorbedingung für die aktuelle Gehaltsrunde scheint damit vom Tisch.

ver.di fordert für alle sechs Prozent mehr Geld – für fest Angestellte, Freie und sowie für die Bezieher von Betriebsrenten. Die Tarifforderung enthält dabei senderindividuelle Komponenten wie zum Beispiel einen Sockelbetrag für Geringverdienende oder die Übernahme von Auszubildenden.

Viele Kolleginnen und Kollegen aus den Rundfunk-Anstalten hatten sich an den Protestaktionen im öffentlichen Dienst beteiligt. So marschierten die Beschäftigten des NDR im März mit durch Hamburg (unser Foto). Ende März kam dann der TdL-Abschluss.

Die Verhandlungen beim NDR werden am 10. Juni fortgesetzt. Der WDR verhandelt am 28. April (nach Andruck der M), am 11. Mai der BR, am 13. Mai das ZDF und am 26. Mai der SWR. **wen** ■

Aktuell

dju-Hochschulgruppen in Gießen und Mainz

Seit Jahresbeginn sind zwei neue dju-Hochschulgruppen aktiv, an der Uni Gießen und an der Uni Mainz.

Das Angebot der dju-Hochschulgruppe in Gießen richtet sich an alle Studierenden vor Ort und umfasst Netzwerkabende oder Medienstammtische mit erfahrenen Medienmachern, um sich perfekt auf einen Job in den Medien vorzubereiten. Zusätzlich soll die Hochschulgruppe den journalistischen Nachwuchs für gewerkschaftliche Interessen sensibilisieren.

Die dju-Hochschulgruppe Mainz will ebenfalls ein Forum zum Austausch bieten. Dabei stehen die gegenseitige Beratung über journalistische Themen und Inhalte sowie berufliche Belange im Vordergrund. Die Kontakte und das Knowhow der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union als Teil der ver.di werden den Studierenden, die sich in Redaktionen auf dem und außerhalb des Campus engagieren, helfen, sich über Strukturen und Arbeitsbedingungen im Journalismus zu informieren. Dazu plant die dju-Hochschulgruppe in Mainz im nächsten Semester eine Infoveranstaltung für alle interessierten Studierenden und hat sich das Ziel gesetzt, in der vorlesungsfreien Zeit des Sommersemesters ein Journalismus-Wochenende zu veranstalten.

Voraussetzung für die Nutzung von Uniräumen ist die offizielle Registrierung an der Uni. Dabei konnten beide neuen Gruppen von der guten Satzungsarbeit der früheren dju-Hochschulgruppe in Münster profitieren, die den Generationswechsel leider nicht geschafft hat. Ähnlich ging es auch schon anderen Hochschulgruppen wie etwa an der Freien Uni Berlin. Als seit Jahren stabil hat sich die dju-Hochschulgruppe in Hannover erwiesen sowie die Hochschulgruppe „Mediennachwuchs“ an der Uni Bonn, die in Zusammenarbeit mit der dju Bonn das studentische Online-Magazin „campus-web.de“ gestaltet. sus ■

Kontakt Website „Junge dju“: http://tinyurl.com/lpekpt8

Fuß fassen Tour in Frankfurt

Welche Voraussetzungen müssen junge Erwachsene mitbringen, um in das Berufsfeld Journalismus hineinzukommen? Zum dritten Mal organisieren die dju Hessen und die Jugendpresse Hessen am 12. Juni die Info-Veranstaltung über Einstiegswege in den Journalismus. Zielgruppe sind Schüler/innen und Studierende. Als Referenten sind diesmal die Chefredakteure der *Frankfurter Rundschau*, Bascha Mika und Arnd Festerling, eingeladen. Sie zeigen die Erwartungen von Chefredakteuren an den Berufsnachwuchs auf, aber auch die Perspektiven, die junge Menschen im Journalismus haben. Im Anschluss berichtet die freie Journalistin Düzen Tekkal unter anderem über ihre Arbeit als Investigativjournalistin im Team Wallraff und wie ihr der Einstieg in den Beruf gelungen ist.

Wann: 12. Juni, 14 bis 18 Uhr. Wo: DGB-Jugendclub, Wilhelm-Leuschner-Straße 69–77, 60329 Frankfurt. Die Veranstaltung ist kostenlos, Anmeldung zur besseren Planung bei: barbara.berz@verdi.de ■

Schon entdeckt?

Illu: Alsterfilm GmbH

Engagierte Medien abseits des Mainstreams sind hochinteressant, aber wenig bekannt. Deshalb stellt M mit dieser Rubrik in jedem Heft eines davon vor.

Fernsehkritik-TV

Das Studio der Alsterfilm GmbH liegt in einem kleinem Industriegebiet im Osten Hamburgs, Von Bargen Straße 18, Haus F, 1. Stock: Links Regie und Aufnahmeraum, daneben eine kleine Bühne und ein ebenso kleiner Zuschauerraum, der gekonnt mit Stühlen und Sesseln vom Sperrmüll ausgestattet ist. Einige Studiogäste lümmeln herum und trinken Flaschenbier oder Bionade. Das Ambiente passt zur Sendung. Locker und unkonventionell, aber höchst professionell wird hier zweimal im Monat das medienkritische Online-Magazin „Fernsehkritik-TV“ produziert. Und recht erfolgreich. Ende April lief die 155. Folge.

Produzent und Moderator Holger Kreymeier seziert gleichermaßen Beiträge der öffentlich-rechtlichen und der privatenkommerziellen Sender, stellt Fehlleistungen der „Systempresse“ an den Pranger und zeigt schon einmal auf, wo das Wort „Lügenpresse“ durchaus seine Berechtigung haben könnte. Und das schon seit dem 5. April 2007, als „das Bewegtbild im Netz noch in den Kinderschuhen steckte“, so Kreymeier rückblickend. „Wir arbeiteten damals mit einfacher Kamera, schlechtem Mikro und noch schlechterem Bluescreen.“

Bevor sich Kreymeier selbstständig machte, war er als Autor beim Norddeutschen Rundfunk beschäftigt. Auch damals ging es ihm schon um den Qualitätsanspruch des Fernsehens. In einer Kampagne „Dafür zahl ich nicht“ parodierte er die Werbespots der GEZ, damit die Öffentlich-Rechtlichen sich nicht immer an der Quote orientieren sollten. Es kam zu einem Zerwürfnis mit dem NDR und Kreymeier machte sich selbstständig. Auf diesem Weg halfen ihm, zumindest was die öffentliche Aufmerksamkeit betraf, zahlreiche Rechtsstreitigkeiten, unter anderem mit Super Nanny Katharina Saalfrank und RTL. Etwa 200.000 Zuschauer sahen die Folge mit der Super Nanny, doppelt so viele wie normalerweise.

Mittlerweile ist „Fernsehkritik-TV“ eins von acht Web-Formaten, die unter der Dachmarke „Massengeschmack-TV“ laufen. Neben der bissigen Fernsehkritik werden bei „Pantoffel-TV“ aktuelle Neuerscheinungen auf dem DVD- und BluRay-Markt besprochen, geht es im Format „Netzprediger“ um aktuelle und skurrile Themen und Trends im World Wide Web und das Magazin „Pressesch(l)au“ widmet sich den Auswüchsen und Verfehlungen der gedruckten Medienwelt.

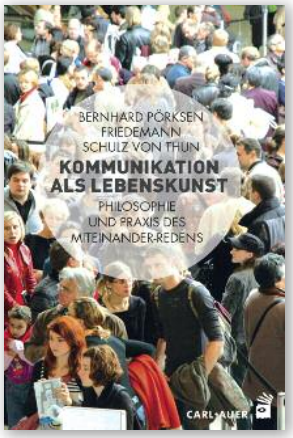
Alle acht Online-Magazine können einzeln oder als Gesamtpaket abonniert werden. Das Achter-Pack gibt es für 6,99 Euro pro Monat, jeweils nur ein Magazin kostet 2,99 Euro. Kostenlose Schnupperangebote gibt es unter www.massengeschmack.tv. Kreymeier ist optimistisch, was die finanzielle Zukunft angeht: „Wir kommen über die Runden. Etwa 4.000 Abonnenten haben wir jetzt.“ Seine Firma Alsterfilm arbeitet hauptsächlich mit freien Mitarbeitern, die mit den gezahlten Honoraren recht zufrieden seien. Kreymeier: „Klagen habe ich noch nicht gehört, der Mindestlohn wird bei uns überschritten.“

www.fernsehkritik.tv Wulf Beleites ■

Kommunikation als Lebenskunst

„Die vier Botschaften einer Äußerung“ – wer kennt dieses Kommunikationsmodell nicht aus Schule oder Studium? Der Hamburger Psychologe Friedemann Schulz von Thun entwickelte damit bereits 1981 ein differenziertes Werkzeug zur Analyse von Kommunikation, indem er nicht nur den Sachinhalt, sondern auch Selbstkundgabe, Beziehungsaspekt und Appell in den Blick nimmt. Diesem Kommunikationsquadrat folgten weitere Modelle zu Verständlichkeit, Beziehungsdynamik, vielstimmigem Ich und Werten – basierend auf dem Bild eines Menschen, der sich zwischen Gegensätzlichem positionieren muss. Schulz von Thun liefert keine Rezepte oder allgemeingültige Normen für gelingende Kommunikation, sondern sensibilisiert für die „Stimmigkeit“ der persönlichen Lösung in einer gegebenen Situation.

Im Gespräch mit dem Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen werden diese Denkmodelle lebendig. Die beiden setzen durch empathisches Frage- und Antwortspiel, gewürzt mit klugen Zitaten, biografischen Anekdoten und veranschaulicht durch Grafiken und kurze Erklärstücke ein Kommunikationspuzzle zusammen, das zur wohl ausbalancierten Lebenskunst wird. Eindrücklich belegen das Kostproben vielfältiger Anwendungen – in Arbeitswelt, Pädagogik, interkultureller Kommunikation: Für Medienprofis „keine schlechte Grundschule“ – wie der „Kommunikationspapst“ bescheiden anmerkt. **Bärbel Röben** ■



Bernhard Pörksen,
Friedemann Schulz von Thun:
Kommunikation als Lebenskunst. Philosophie und Praxis des Miteinander-Redens.

Carl Auer Verlag,
Heidelberg 2014. 217 Seiten.
24,95 Euro
ISBN 978-3-8497-0049-2

Die Klarnamendebatte

Die junge österreichische Journalistin Ingrid Brodnig ist in ihrem Buch „Der unsichtbare Mensch – Wie die Anonymität im Internet unsere Gesellschaft verändert“ der Frage nachgegangen, wie es kommt, dass anonyme Kommentare im Internet zuweilen in hasserfüllte Zügellosigkeit ausarten und was man dagegen tun könne. Brodnig konstatiert: Augenkontakt hat eine aggressionshemmende Wirkung, der fehlt hier. Und sie überlegt, ob man Online-Signale einbauen könne, die non-verbale Zeichen ersetzen?

Hass hat im Internet eine extrem ansteckende Wirkung, sieht Brodnig und beobachtet ein Umdenken in der Medienbranche: Immer mehr Medien und Online-Dienste wollen die Störer und Trolle nicht länger hinnehmen, schließen ihre Kommentarspalten. Doch die Autorin ist nicht dafür, die Anonymität abzuschaffen, sondern als User mehr Verantwortung zu übernehmen. Ihre These: Nicht die Anonymität ist das Kernproblem der Aggressivität im Netz, sondern das Gefühl der Unsichtbarkeit. „Zunehmend geht es um die Frage, welche Regeln und Normen die Community braucht und wie die Bedürfnisse des Einzelnen mit denen der Gemeinschaft zu vereinbaren sind. Das ist der Grund, warum die Klarnamendebatte mit so viel Leidenschaft und Vehemenz geführt wird, geht es doch dabei um das Miteinander und um die Machtverhältnisse zwischen Individuum, Gesellschaft und Staat.“ Ein spannendes, lesens- und nachdenkenswertes Buch mit vielen interessanten Beispielen.

Susanne Stracke-Neumann ■

Ingrid Brodnig
Der unsichtbare Mensch. Wie die Anonymität im Internet unsere Gesellschaft verändert.

Czernin Verlag. Wien 2013.
176 Seiten.

Buch 18,90 Euro;
ISBN: 978-3-7076-0483-2;
E-Book 14,99 Euro;
ISBN: 978-3-7076-0484-9

Mehr Geld für Reuters-Beschäftigte

Die Einkommen der Beschäftigten der Nachrichtenagentur Reuters steigen zum 1. April 2015 um 1,8 Prozent. Nach drei Verhandlungsrunden konnte dieses Tarifergebnis erzielt werden. Gleichzeitig wurden nach Leistungsstufen gestaffelte Sockelbeträge von 600 Euro, 1.050 Euro beziehungsweise 1.500 Euro vereinbart, die dauerhafte Tarifbestandteile bleiben. Je nach Leistungsstufe erhöhen sich die Gehälter für die etwa 120 Beschäftigten durchschnittlich um drei Prozent. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit von April 2015 bis Ende März 2016.

Dem Tarifabschluss waren Protest-Aktionen der Beschäftigten an den Standorten Frankfurt/Main und Berlin unter dem Motto „Wir sind mehr wert!“ vorausgegangen. „Nach einer Personalreduzierung im Jahre 2014 und als Ausgleich für starke Arbeitsverdichtung waren die Beschäftigten diesmal entschlossen, spürbar mehr durchzusetzen, als die Arbeitgeber-Angebote bis zuletzt vorsahen.“ So habe die gewerkschaftliche Verhandlungskommission diese Tariferhöhung erreichen können, erklärte ver.di-Tarifsekretär Matthias von Fintel. **Red.** ■

ver.di-Beratung für Cloudworker online

ver.di hat seit dem 15. April ein Beratungsangebot für sogenannte Cloudworker online geschaltet. „Wir gehen mit einem sehr konkreten Beratungsangebot auf Cloudworker zu, damit diese ihre Position auf dem Arbeitsmarkt verbessern können. Dies geschieht auch, um hier Wettbewerbsunterschiede auszugleichen“, erklärte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Lothar Schröder in Berlin. Das Beratungsangebot ist unter **www.cloudworker-beratung.de** und über die Website **www.ich-bin-mehrwert.de** erreichbar.

Cloudworking ist eine seit einigen Jahren zunehmende Form der Erwerbsarbeit. Sie ist gezeichnet von extremer Flexibilität und zumeist unsicheren Rahmenbedingungen. Das Phänomen Cloudworking und dessen Auswirkungen auf Arbeitswelt und Gesellschaft ist zunehmend Gegenstand von wissenschaftlichen Untersuchungen. Unter dem Dach des ver.di-Beratungsnetzes für Solo-Selbständige „mediafon“ (**www.mediafon.net**) organisiert ver.di Cloudworker, bietet ihnen Informationen und Beratung, damit sie gemeinsam ihre Interessen durchsetzen können.

Im Mittelpunkt steht dabei der fachliche Austausch etwa über Honorare, Vertragspraxis und Weiterbildung. Außerdem leistet ver.di politische Lobbyarbeit für Cloudworker und die schon heute rund 30.000 solo-selbstständigen Gewerkschaftsmitglieder. Für spezielle Fragestellungen, die zu den Cloudworkern erwartet werden, ist das Beratungsteam eigens erweitert worden. **PM** ■

Am Ende gewonnen und doch verloren

Volksstimme Magdeburg: Vier Jahre Kampf um den Arbeitsplatz

Im März 2015 erklärte das Bundesarbeitsgericht (BAG) die Kündigung von Renate Wähnelt vom März 2011 für unwirksam. Damit endet für die ehemalige Volksstimme-Redakteurin und langjährige Betriebsrätin ein vier Jahre währender Rechtsstreit mit einer Tochterfirma der Magdeburger Verlags- und Druckhaus GmbH.

Die zum Bauer-Verlag gehörige *Volksstimme* war schon Ende der 1990er Jahre durch ihre Zersplitterungstaktik zu trauriger Berühmtheit gelangt. So wanderte zum Beispiel das Anzeigengeschäft in Regionalverlage, allesamt hundertprozentige Töchter des Magdeburger Verlags- und Druckhauses. Später kamen auch die Lokalredaktionen dazu. Damit versuchte der Verleger, die Tarife zu unterlaufen, auf die viele kraft „Bezugnahmeklausel“ im Arbeitsvertrag Anspruch hatten. Neu eingestellte Redakteure steigen schon seit Jahren zu deutlich niedrigeren Gehältern ein.

Foto: Birgit Tragsdorf

Betriebsrätin Renate Wähnelt bewies, dass Verlage nicht mit allem durchkommen

Ab Sommer 2010 wurde in den Regionalverlagen weiter ausgegliedert, neue Tochter- und Enkelfirmen als haftungsbeschränkte UG oder GmbH gegründet. Diese erhielten nun den Auftrag, den redaktionellen Teil zu erstellen. Die Regionalverlage „brauchten“ keine Journalisten mehr und boten den meisten Redakteuren an, einen Aufhebungsvertrag abzuschließen und sich nahtlos bei einer der Unterfirmen für deutlich weniger Geld zu verdingen, teils als Angestellte, teils als Freie. „Man muss sich das mal vorstellen!“, sagt Renate Wähnelt. „Die Kolleginnen und Kollegen arbeiten an denselben Arbeitsplätzen und an denselben Computern und müssen eine festgelegte Anzahl von Seiten produzieren.“ Das Gehalt blieb vorerst gleich, wurde über die Jahre nach unten gestaffelt; Jahresleistung, Urlaubsgeld, Presseversorgungswerk und Sonntagszuschläge entfielen. Die Mantelredaktion wurde nach demselben Muster aufgelöst. Heute besteht die *Volksstimme* aus mehr als 40 Firmen.

Der Betriebsrat des Mutterhauses Magdeburger Verlags- und Druckhaus, dessen Vorsitzende Renate Wähnelt bis 2006 war, hatte versucht, solchem Treiben Einhalt zu gebieten, indem er seine Zuständigkeit für alle Firmen reklamierte. Das scheiterte letztlich beim Bundesarbeitsgericht.

Die erfahrene Lokalredakteurin war beim Regionalverlag Medien-Service Harz-Börde gelandet. Mit der Gründung der neuen Unterfirma Repräsentanz Volksstimme Börde UG sah der Arbeitgeber die Chance, die unbequeme Gewerkschafterin zu schassen: Im März 2011 flatterte ihr die Kündigung zu Ende September 2011 ins Haus, mit sofortiger Befreiung von den Dienstverpflichtungen. Sie wehrte sich, reichte mit Hilfe des ver.di-Rechtsschutzes Kündigungsschutzklage ein. Das Arbeitsgericht Magdeburg gab ihr im November 2011 Recht: Die Kündigung sei unwirksam. Einen Betriebsübergang zu der neuen Firma sah das Gericht jedoch nicht.

Berufung bis zum Bund. Renate Wähnelt ging in Berufung. Im Juni 2013 urteilte das Landesarbeitsgericht (LAG): Die Kündigung sei wirksam, aber es müsse ein Nachteilsausgleich erfolgen wegen fehlender Beteiligung des Betriebsrats bei der Entscheidung, im Regionalverlag alle Redakteursstellen zu streichen. Die Revision vorm BAG sei nicht zugelassen. Dagegen legte Wähnelt mit Hilfe von ver.di Nichtzulassungsbeschwerde ein. Wiederum mit Erfolg: Im März 2015 entschied das BAG wie zuvor schon die erste Instanz: Die Kündigung sei unwirksam, aber es bestehe kein Anspruch auf Weiterbeschäftigung in der neuen Firma (Az: 8 AZR 119/14). Das heißt, Renate Wähnelt hat Anspruch auf Gehaltsnachzahlung seit Oktober 2011 und ist weiter beim Regionalverlag als Redakteurin angestellt. Der schrieb ihr jedoch umgehend, dass es keine Redakteursstelle gebe, kündigte erneut betriebsbedingt und stellte sie frei.

Rechtsschutz exzellent funktioniert. Wenn Renate Wähnelts Arbeitsverhältnis am 30. September 2015 endgültig ausläuft, ist sie 54 Jahre alt. Eine neue Anstellung zu finden, wird schwierig sein. Dennoch würde sie alles wieder genauso machen: „Es war eine psychisch belastende Zeit, obwohl ich materiell abgesichert war. Auch wenn ich mein Hauptanliegen nicht erreichen konnte, beweist das Urteil, dass der Verlag eben nicht alles machen kann: Verhindern, dass mit ausgetüftelten Firmenkonstruktionen ein Betriebsübergang umgangen wird und Arbeitnehmerrechte geschmälert werden. Dennoch – der Rechtsschutz der Gewerkschaft hat exzellent funktioniert, ich bin dafür sehr dankbar“, sagt sie. „Auch die Anteilnahme und moralische Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen haben mir sehr geholfen.“

Nun will Renate Wähnelt nach vorn schauen, sich nach neuer Arbeit umsehen. Sie hofft auf ihre langjährigen Kontakte und ihre Bekanntheit als gute Journalistin. Nur eins steht für die couragierte Gewerkschafterin fest: „Als Freie für eine der Unterfirmen der *Volksstimme* arbeiten werde ich nicht.“

Gundula Lasch ■

Transparenz per Gesetz

Gute Beteiligung in Rheinland-Pfalz – Sendepause in Baden-Württemberg

Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg arbeiten derzeit beide an einem Transparenzgesetz, das den Zugang zu Verwaltungsinformationen vereinfachen soll. Doch während die rot-grüne Landesregierung unter Malu Dreyer dafür einen breiten öffentlichen Beteiligungsprozess mit klarem Zeitplan nutzt, kommt das Projekt ausgerechnet im grün-rot regierten Baden-Württemberg nicht voran.

Mehr zum Thema:

http://www.datenschutz.rlp.de/infofreiheit/

https://netzwerkrecherche.org/blog/informationsfreiheitsgesetz-baden-wuerttemberg-eckpunktepapier-der-landesregierung-laesst-nichts-gutes-ahnen/

http://www.hohenlohe-ungefiltert.de/?p=18819

Baden-Württemberg gehört zu den fünf verbliebenen Bundesländern ohne Informationsfreiheitsgesetz. Es gibt somit im Südwesten keinen allgemeinen Anspruch der Bürger und der Journalisten, Zugang zu Akten der Verwaltung zu erhalten. Zwar können sich die Medienvertreter auf das Landespressegesetz berufen. Doch dem kommt die Pressestelle in der Regel durch eine mündliche Auskunft am Telefon nach, nicht durch Akteneinsicht oder Zusendung von Kopien. Die Einführung eines Informationsfreiheitsgesetzes ist im Koalitionsvertrag in Baden-Württemberg verankert. Aber vier Jahre später liegt noch nicht mal ein Referentenentwurf als Diskussionsgrundlage vor – und der Sprecher des SPD-geführten Innenministeriums wagt auch keine Prognose, wann sein Haus etwas präsentieren kann. Es sieht daher so aus, als ließen sich die Grünen, die eigentlich mit dem Versprechen von Transparenz und Bürgerbeteiligung angetreten sind, von einem eher unwilligen Koalitionspartner ausbremsen. Mittlerweile wird es daher immer fraglicher, ob ein so weitreichendes Reformprojekt in dieser Legislaturperiode, die in einem Jahr endet, überhaupt noch abgeschlossen werden kann.

Karikatur: Gerhard Mester

Dabei sind die Grünen den Gegnern der Transparenz im Südwesten schon sehr weit entgegen gekommen – zu weit, wie Journalistenorganisationen und Bürgerrechtsverbände finden: Die Eckpunkte der Landesregierung für einen Gesetzentwurf fallen eher restriktiv aus. Sie enthalten breite Ausnahmeklauseln, etwa zum Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen, die absolut gesetzt werden, ohne Abwägung mit dem öffentlichen Interesse, wie es eigentlich Standard ist. Auch die Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft und die Landesbanken sollen pauschal ausgeklammert werden. Durch die Möglichkeit für die Kommunen, kostendeckende Gebühren zu erheben, wird der Verwaltung nach diesen Plänen zudem ein Weg eröffnet, unliebsame Fragesteller mit der Gebührenkeule abzuschrecken. Vor allem aber sollen die aktiven Veröffentlichungspflichten, die die Behörden zwingen, von sich aus Unterlagen ins Netz zu stellen, so schwach geregelt werden, dass der Nutzen gering sein dürfte.

Wie man ein Transparenzgesetz auch anders auf den Weg bringen kann, demonstriert zeitgleich Rheinland-Pfalz. Dort gibt es zwar schon ein Informationsfreiheitsgesetz. Aber es hat Schwächen und wird nun in der Koalition mit den Grünen zu einem Transparenzgesetz in Anlehnung an die fortschrittlichen Regelungen in Hamburg weiterentwickelt. Ähnlich wie im Norden sollen bald auch in Rheinland-Pfalz viele Informationen der Verwaltung automatisch in einem Transparenzregister im Internet veröffentlicht werden, zum Beispiel alle Verträge der öffentlichen Hand sowie Gutachten und Studien. „Die Entscheidungen von Politik und Verwaltung sollen nachvollziehbarer werden. Dadurch verbessert die Landesregierung die Möglichkeiten zum Mitreden und Mitgestalten“, versprach Ministerpräsidentin Dreyer beim Start eines breit angelegten Beteiligungsverfahrens zur Gesetzeseinführung. Alle Bürger und Verbände können den Referentenentwurf online nachlesen und auf einer eigenen Plattform kommentieren. Begleitend fanden in den letzten Wochen Bürgeranhörungen und Diskussionsveranstaltungen statt, die auch im Netz dokumentiert sind. Ab Juni sollen sich dann die Parlamentarier mit dem Gesetzentwurf befassen.

Noch weist der Entwurf eine Reihe von Schwächen auf, denn die Kommunen bleiben von der aktiven Veröffentlichungspflicht ausgeklammert und müssen nur auf Antrag ihre Informationen freigeben. Auch die Handwerkskammern blieben nach derzeitigem Stand außen vor, genauso wie der Landesrechnungshof. Ein zivilgesellschaftliches Bündnis aus netzwerk recherche, dju in ver.di und Deutschem Journalistenverband zusammen mit mehreren Bürgerrechtsorganisationen hat daher bereits Nachbesserungen gefordert.

Warum es in Rheinland-Pfalz besser vorangeht als in Baden-Württemberg, hängt sicherlich auch mit dem Engagement auf höchster Ebene zusammen: Ministerpräsidentin Dreyer hat die Transparenzoffensive zu ihrem persönlichen Anliegen gemacht und stellt sich bei den öffentlichen Veranstaltungen der Diskussion. Von ihrem Amtskollegen Winfried Kretschmann hört man bisher wenig zu diesem Thema. Die Gegner der Transparenz, die es in der Verwaltung zahlreich gibt, haben es daher leicht, im Südwesten auf Zeit zu spielen und auf das Ende der Legislaturperiode zu warten.

Manfred Redelfs ■

Foto (M): Digitalcourage / Andreas Gerhold

Demonstration in Berlin 2014

Totalüberwachung droht

Regierung plant anlasslose Datenspeicherung aller Telekommunikationsdaten

Die Telekommunikationsdaten jedes Bürgers werden per se gespeichert – ohne jeden Anlass. Das ist der erklärte Wille der Regierungskoalition für ein neues deutsches Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung. Ein Eingriff in die Grundrechte der Bürger: Protest formiert sich bundesweit.

Zunächst die wichtigsten Fakten aus den „Leitlinien zur Einführung einer Speicherpflicht und Höchstspeicherfrist für Verkehrsdaten“ aus dem Hause des Bundesjustizministers Heiko Maas. Sie bilden die Basis für das Gesetz, das noch bis zur Sommerpause ins Parlament gebracht werden soll. Es soll zur Aufklärung von Straftaten dienen, nicht zur Vorbeugung derselben. Gespeichert werden die Rufnummern aller beteiligten Anschlüsse, Zeitpunkt und Dauer des Anrufs, bei Mobilfunk auch die Standortdaten. Dazu kommen die IP-Adressen und auch hier Zeitpunkt und Dauer der Vergabe einer Adresse. Inhalte der Kommunikation, weder per Telefon noch übers Internet, dürfen nicht erfasst werden. Die Standortdaten können vier Wochen festgehalten werden, für das Übrige gilt eine Frist von zehn Wochen.

Der nach wie vor auch innerhalb der Koalitionsparteien umstrittene „Kompromiss“ zwischen CDU und SPD wird mit vorgesehenen Einschränkungen zum Schutze der Bürger verfassungskonform geredet. So soll die Erstellung von Bewegungs- und Persönlichkeitsprofilen, was mit Hilfe von Standorten möglich ist, verboten sein. Das werde ohnehin bereits mit der kurzen Speicherfrist von vornherein ausgeschlossen, heißt es. Auch soll auf die Daten nur bei schwersten Straftaten zugegriffen werden. Das stehe zudem „unter einem strengen Richtervorbehalt“.

Grundsätzlich von der Speicherpflicht ausgenommen sind lediglich Notruf-Telefone in sozialen und kirchlichen Bereichen. Bei „zeugnisverweigerungsberechtigten Personen“, wie etwa Rechtsanwälte, Ärzte oder Journalisten, dürfen gespeicherte Verkehrsdaten nicht abgerufen werden. „Zufallsfunde unterliegen einem Verwertungsgebot.“ – Hier scheint es noch einen großen Spielraum bei der Fixierung der genauen Regelungen im Gesetz zu geben!

Demzufolge bleibt es noch ein wenig spannend wie der genaue Wortlaut und damit die inhaltlichen Details des neuen Gesetzes aussehen werden. Jedoch: „Ein Grundrechtsverstoß bleibt ein Grundrechtsverstoß auch dann, wenn er künftig nur noch vier beziehungsweise zehn Wochen dauern soll“, kommentierte Heribert Prantl in der *Süddeutschen Zeitung*. Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen! Schließlich wurden bisherige rechtliche Vorstöße zur anlasslosen Vorratsdatenspeicherung sowohl vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe 2010 als auch vom Europäischen Gerichtshof in Luxemburg 2014 vom Tisch gefegt. Folglich wurden von den deutschen Verfassungsrichtern für eine Speicherung und Auswertung von Bürgerdaten enge Grenzen gesetzt worden. Dem werde mit dem neuen Gesetz entsprochen, versichert Heiko Maas. „Wir bringen die Ziele der Verbrechensbekämpfung mit hohen Datenschutzstandards in Einklang“, zeigt sich der Minister überzeugt.

Nachdem der EuGH die EU-Richtlinie zur Speicherung aller Verbindungsdaten ohne Verdacht auf Straftaten für unvereinbar mit EU-Recht und für nichtig erklärt hatte, wurden kurz darauf die nationalen Gesetze in Österreich, der Slowakei und Rumänien vor Gericht zu Fall gebracht. Mitte März dieses Jahres folgten die Niederlande und Bulgarien. Das Unverständnis bei den Datenschützern und Internetnutzern für das angekündigte Vorgehen der Bundesregierung ist entsprechend groß: „Während um uns herum das Urteil des EuGH verstanden wird und die Gesetze zur Vorratsdatenspeicherung wie Dominosteine umkippen, steuern Union und SPD in die genaue Gegenrichtung“, sagte Ute Elisabeth Gabelmann vom Arbeitskreis gegen Vorratsdatenspeicherung.

Um gegen die „neuerlich drohende Totalüberwachung der Bevölkerung“ vorzugehen, ruft der Arbeitskreis zu einer Reihe von Demonstrationen in Deutschland auf. „Wir fordern die politische Absage an jegliche Art von Vorratsdatenspeicherung“, heißt es in dem Aufruf. Der Auftakt der „Freiheit-statt-Angst-Demo-Tour 2015“ fand am 17. April in Bielefeld statt. Anders als in den Jahren seit 2006 wird es in diesem Jahr keine große Zentraldemo „Freiheit statt Angst“ in Berlin geben, sondern viele kleinere Demonstrationen in vielen Städten Deutschlands. Somit, so der Arbeitskreis, werde den Menschen, die nicht die notwendigen zeitlichen oder finanziellen Ressourcen zur Anreise haben, die Möglichkeit zum Protest gegeben.

Karin Wenk ■

Feststehende Termine für Demos „Freiheit statt Angst“, weitere folgen:

23.05.2015 Hamburg
30.05.2015 Frankfurt
20.06.2015 Berlin
18.07.2015 Stuttgart
29.08.2015 Köln

Links

https://freiheitstattangst.de
https://vorratsdatenspeicherung.de
https://bigbrotherawards.de

Leitlinien des BMJV zur Einführung einer Speicherpflicht und Höchstspeicherfrist für Verkehrsdaten

http://www.bmjv.de/SharedDocs/Downloads/DE/pdfs/20150415-Leitlinien-HSF.pdf?__blob=publicationFile

„Der NSU-Schlüssel liegt in Heilbronn"

Umfangreiche Recherche trotz geringer Ressourcen in Sachen Nazi-Untergrundgruppen

Peter Ohlendorf startete 2014 das NSU-Rechercheprojekt „Heilbronn-Komplex". Der Absolvent der Deutschen Journalistenschule in München arbeitete lange Jahre für den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk. Heute produziert er in Freiburg mit einer eigenen Firma Dokumentarfilme. 2012 hatte sein Aufsehen erregender Enthüllungsfilm „Blut muss fließen. Undercover unter Nazis" über die europäische Szene der Nazi-Konzerte auf der Berlinale Premiere.

M | Ende März starb im Kreis Karlsruhe eine Zeugin des NSU-Untersuchungsausschusses des Landtags von Baden-Württemberg. Sie war eine Vertraute des noch wichtigeren Zeugen Florian Heilig gewesen, der 2013 kurz vor seiner womöglich brisanten Aussage zum NSU in seinem Auto verbrannte. Die Frau starb angeblich überraschend an einem Blutgerinnsel, das sich nach einem leichten Motorradunfall gebildet haben soll. Haben Sie Zweifel an der offiziellen Version?

PETER OHLENDORF | Grundsätzlich sollten wir als Journalisten und Journalistinnen Zweifel haben – vor allem in dem Kontext. Gerade in Baden-Württemberg ist die Aufarbeitung des NSU leider überhaupt nicht so betrieben worden, wie es nötig gewesen wäre. Wir müssen gucken, wo wir Fakten ans Tageslicht bringen können und da muss man sich schon fragen: Wie viele Zeugen sterben eigentlich noch auf schwer erklärbare Weise weg? Im neuesten Fall müssen wir die Obduktionsergebnisse abwarten, aber auch mit langem Atem drum herum recherchieren.

Sie recherchieren seit über einem Jahr zum „Heilbronn-Komplex". Was ist das, und zählen Sie die Verstorbene dazu?

OHLENDORF | Da bin ich vorsichtig. Dieser Komplex liegt im Dunklen. Wir bearbeiten eine Spur, kommend aus Oberweißbach, dem Heimatort der Polizistin Michèle Kiesewetter, durch Thüringen, Ludwigsburg, Heilbronn, wo sie ermordet wurde, bis runter nach Schwäbisch Hall, wo der Ku-Klux-Klan zugange war. Deswegen sprechen wir vom „Heilbronn-Komplex". Unsere Arbeitshypothese ist: In Heilbronn liegt der Schlüssel zum NSU, zu Fragen wie: Wer war der NSU wirklich? In welche Bereiche hat er hinein gestrahlt, an die heute noch niemand denkt? In Heilbronn sind durch zahlreiche Zeugenaussagen Spuren offen gelegt worden, denen man nachgehen muss, denen aber die Ermittlungsbehörden nicht mit der Intensität nachgegangen sind, die von ihnen eigentlich zu erwarten ist. Angesichts dieser Spuren muss man sich fragen: War es wirklich die immer noch vom Generalbundesanwalt behauptete Zufallstat? Wir stellen das massiv in Frage.

Auch nach dem Tod von Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Florian Heilig wurden nicht alle Spuren gesichert. Die Suizid-These war aber schnell zur Hand. Mit Unvermögen ist das doch nicht zu erklären, oder?

OHLENDORF | Wir sind nicht mehr bereit, von Pannen zu reden. Es gibt zu viele Ermittlungsfälle, wo Menschen offensichtlich nicht zu Arbeiten in der Lage waren, die zum kleinen Einmaleins eines professionellen Ermittlers gehören. Ich nenne das eine Struktur des Nicht-Ermittelns. Der Thüringer Untersuchungsausschuss stellte sogar die Frage, ob es Sabotage durch Akteure in Ermittlungsbehörden gab. Ich glaube, dass es Einzelne in durchaus wichtigen Positionen gibt, die anderes im Kopf haben als eine demokratische Grundordnung. Diese Leute muss man zur Verantwortung ziehen. Es gab aber weder für die Sicherheitsbehörden als Ganzes, noch für einzelne Personen wirkliche Konsequenzen.

Bei so vielen Ungereimtheiten sitzen sicherlich investigative Teams großer Medien den Behörden im Nacken. Was wissen Sie über die Recherchen von Kollegen?

OHLENDORF | Das ist eine spannende Frage: Wer begegnet uns auf den Wegen, die wir in der Recherche gehen? Ich kann nur sagen: erschreckend wenige. So

Spendenkonto:

Peter Ohlendorf,
DE54 6805 0101 0013 3406 47
Stichwort:
„Heilbronn-Komplex"

www.filmfaktum.de/de/2014-02-03-17-19-57/infos/355-unterstuetzung.html

Foto: privat

ist uns die immer wieder hervorgehobene Kooperation von NDR, WDR und *Süddeutscher Zeitung* noch nie begegnet. Ich habe nicht den kompletten Überblick, aber ich lese in den Medien ganz selten eine neue Erkenntnis für uns. Wenn wir Recherche-Gespräche führen, die abseits des üblichen Korridors zum Thema NSU liegen, hören wir nie, dass dort schon andere waren. Wir reisen eine Menge, müssen viel Vertrauen aufbauen zu Menschen, die nicht unbedingt bereit sind, gleich den Mund aufzumachen. An einem Fall sind wir seit einem Jahr dran. Wenn dieses Türchen aufgeht, kommen wir in einen ganz interessanten Raum hinein. Da müssen Sie Geduld haben und glaubwürdig bleiben, und nicht der schnellen Schlagzeile hinterherjagen. Es ist erschütternd, wie viele Menschen nicht verstehen, was wir machen – auch Kolleginnen und Kollegen. Die fragen dann: Was wird daraus eigentlich, was ist am Ende euer Produkt? Wir wissen aber noch nicht, was für eine Form der Publikation das wird: ein Film, ein Buch, eine Serie in einer Zeitung?

Wie viele Menschen recherchieren mit Ihnen zum „Heilbronn-Komplex"?

OHLENDORF | Wir haben zwei Halbtagsstellen, von der eine nicht langfristig abgesichert ist. Ich selbst arbeite „für umme" so viel wie möglich mit, bin aber auch noch viel mit dem Film „Blut muss fließen. Undercover unter Nazis" auf Tour. Ein nicht unwesentlicher Teil meiner Zeit geht immer noch dafür drauf, eine finanzielle Basis für dieses Projekt zu finden. Immerhin wird die DGB-Jugend eine Ein-Euro-Kampagne mit uns machen und dazu ihre Mitglieder ansprechen. Wenn von den rund 500.000 Mitgliedern nur zehn Prozent einen Euro spenden, dann hätten wir die beiden Halbtagsstellen zumindest für ein weiteres Jahr finanziert. Dann könnten wir alles das, was jetzt auf dem Tisch liegt, mit größerer Intensität angehen. Wir müssen das weiterverfolgen, denn sonst sterben uns womöglich Quellen ab. Wir brauchen Zeit und Geld zum Reisen, denn wir müssen mit den Leuten direkt sprechen.

Stichwort Zeit: Sie haben in einem im Oktober erschienenen Interview kritisiert, der Untersuchungsausschuss in Baden-Württemberg habe zu wenig Zeit, um das Thema grundsätzlich genug anzugehen, weil die Legislaturperiode bald endet. Haben Sie wirklich die Sorge, dass diese Arbeit mit dem Ende der Legislatur vorbei ist?

OHLENDORF | Ja. Ich kann mich auch nur wundern, wie sich ein Innenminister Gall (SPD) halten kann, der immer wieder dafür geworben hat, keinen Untersuchungsausschuss zu machen und der damit trotz massivster Kritik von außen lange Zeit in der Regierungskoalition erfolgreich war. Ich weiß nicht, wie ernsthaft der Wille ist, den Dingen auf den Grund zu gehen. Ich weiß nicht, ob überhaupt das Kapitel Florian Heilig in der verbleibenden Zeit angemessen abgearbeitet werden kann. Im Spätherbst soll ja schon der Abschlussbericht geschrieben werden. Es würde mich nicht wundern, wenn dann gesagt wird: Es hat sich gezeigt, dass einiges falsch gelaufen ist, aber es ist nicht so gravierend, dass man einen zweiten Untersuchungsausschuss einrichten muss. Es gab schon einigen Erkenntnisgewinn, aber das wurde im Ausschuss doch sehr zurückhaltend bewertet. Ich bin also sehr skeptisch.

Mit Peter Ohlendorf sprach Ralf Hutter ■

M berichtete:

https://mmm.verdi.de/medien-gesellschaft/02-2012/blut-muss-fliessen-undercover-unter-nazis

Start von Politico Europe

Mit ausgewählten Themen die Lese-Lust von Spitzenpolitikern wecken

Seit 2007 versorgt die Nachrichtenwebsite politico.com die Politelite in der amerikanischen Hauptstadt mit den wichtigsten Informationen aus Politik und Wirtschaft. Und zwar so erfolgreich, dass es jetzt einen Ableger in Brüssel gibt: Politico Europe.

Einst als Blog gestartet, erreicht *politico.com* heute über vier Millionen Leser. Das hat selbst Gründer John Harris überrascht. „Politico ist erfolgreicher geworden, als wir es uns je hatten vorstellen können", sagt Harris und will diesen Erfolg nun in einem Joint Venture mit dem Springer-Verlag wiederholen. Rund vierzig Journalisten präsentieren seit dem 21. April eine Online-Ausgabe. Zwei Tage später startete der wöchentlich erscheinende Printableger. Die Ambitionen sind groß. „Im politischen Europa wollen wir die führende Newsorganisation aufbauen", proklamiert John Harris in einem Werbevideo. *Politico Europe* startet aber nicht bei Null. Vor anderthalb Jahren hat das Unternehmen die Wochenzeitung *European Voice* gekauft, die bis dahin führende Publikation bei Europa-Themen. Deren Abonnentenstamm wurde übernommen, das Produkt quasi umbenannt. Vor allem die Polit-Elite will man als Leser gewinnen – ganz nach dem Vorbild in Washington. Springer-Manager Christoph Keese schwört denn auch auf das Konzept der Amerikaner, die sich mit *politico.com* ausschließlich an die wichtigsten Polit-Player richten würden – an den Stabschef des Weißen Hauses, den Mehrheitsführer im Kongress. „Wenn man für die unverzichtbar wird, dann lesen das natürlich auch alle anderen", erklärt Keese. „Das bedeutet aber auch, dass man ganz tief in die Details gehen muss." Mit ausgewählten Themengebieten, so genannten „Worticals", wie Energiewirtschaft, Gesundheit oder IT soll die Lese-Lust europäischer Spitzenpolitiker geweckt werden.

In der Brüsseler Polit-Szene wurde der Start von *Politico Europe* mit Spannung erwartet. Zwar gibt es Zweifel, ob sich das Geschäftsmodell einfach von Washington auf die EU übertragen lässt. Andreas Müllerleile, Blogger und Politikwissenschaftler am European Institute of Peace hofft aber, dass der Brüssel-Journalismus damit moderner wird und eine europäische Öffentlichkeit entsteht. Denn bislang gebe es kaum europäische Medien jenseits der *Financial Times* und *Euronews*.

Für Springer-Manager Christoph Keese steht Politico Europe aber auch dafür, dass Journalismus im Netz eine Perspektive hat. Mit Hilfe des kostenpflichtigen Zusatzangebotes „Politico Pro" will man schnell profitabel werden. In den USA kostet das Abo 7.500 Dollar im Jahr. Über den Abo-Preis in Brüssel schweigt sich die Redaktion bislang aus. Für Keese ist klar: „Eigentlich ist da ein Stück weit eine Formel gefunden worden für das, was allerorten gesucht wird, nämlich die Möglichkeit, ausgezeichneten Journalismus im Internet zu finanzieren."

Vera Linß ■

Unmut der Filmfrauen

Benachteiligung bei Filmförderung und Sender-Budgets

Das Internationale Frauenfilmfestival (IFFF), das vom 14. bis 19. April in Dortmund stattfand, war auch in eigener Sache aktiv. 1987 hatte es sich aufgrund der ständigen Benachteiligung der Frauen in der Branche gegründet. Nun ist die Debatte um Gleichstellung in der Filmindustrie wieder aufgeflammt. Vertreterinnen von „Pro Quote Regie", eines Zusammenschlusses von etwa 300 Regisseurinnen, forderten in Dortmund ein Ende der Ungerechtigkeiten.

Foto: Birgit Guðjónsdóttir

Bettina Schoeller-Bouju, Barbara Rohm, Tatjana Turanskyj, Annette Ernst, Nathalie Percillier, Nina Groose (oben), Imoge Kimmel, Esther Gronenborn, Katinka Feistl, Maria Mohr, Margrét Rún, Connie Walther (unten) engagieren sich im Vorstand von Pro Quote Regie

PRO QUOTE REGIE
Zusammenschluss von Regisseurinnen in Deutschland

PRO QUOTE REGIE fordert für Deutschland:

· eine umfassende soziologische Studie zu Werdegang und beruflicher Situation von Regisseurinnen sowie zur Vergabepraxis von Sendern und Fördergremien unter genderspefizischen Gesichtspunkten

· eine paritätische Besetzung der Entscheidungsgremien aller Filmförderungen

· eine Quote für die Vergabe von Regieaufträgen im Fernseh- und Filmbereich, und zwar: 30% in 3 Jahren, 42% in 5 Jahren und 50% in 10 Jahren.

Unruhe war unter den Filmfrauen bereits bei den Festspielen in Cannes 2012 entstanden. Die waren vor allem in die Kritik geraten, weil im Wettbewerb kein Film einer Regisseurin nominiert wurde. Nun macht sich auch unter deutschen Regisseurinnen zunehmend Unmut breit. Rund 85 Prozent der deutschen Kino- und Fernsehfilme werden von Männern inszeniert. Dies betreffe nicht nur die unbefriedigende Arbeitssituation von Regisseurinnen, sondern es bedürfe dringend eines kulturellen und gesellschaftspolitischen Wandels, um die demokratische Meinungsvielfalt zu erhalten, konstatierte die Festivalleiterin des IFFF Silke Räbiger.

„Unterrepräsentiert, aber von hoher Qualität" seien Filme von Regisseurinnen, referierte in Dortmund Skadi Loist, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Instituts für Medienforschung der Universität Rostock. „Nur jeder fünfte deutsche Spielfilm der Jahre 2009 bis 2013 wurde von einer Frau inszeniert", fasste sie die Ergebnisse einer neuen Studie zusammen, die das Institut unter dem Titel: „Wer dreht deutsche Kinofilme" kürzlich publiziert hat. Die Filmfrauen seien schlechter finanziert als ihre männlichen Kollegen; erhielten weniger Filmförderung und ein geringeres Budget. Von Frauen inszenierte Spielfilme bekämen im Schnitt nur ca. 65 Prozent der Fördersumme, die Männer für ihre Projekte in Anspruch nehmen können. Dabei seien von Frauen inszenierte Filme von Kritik und Jurys durchaus geschätzt, erhielten häufiger Filmpreise, liefen erfolgreicher auf Festivals. Mitunter gingen sie bei Förderungen jedoch sogar gänzlich unter. Die im August 2012 seitens der Film-Förderanstalt vergebenen 4,5 Millionen Euro für 17 Kinofilme gingen komplett an männliche Regisseure. Auch die Filmstiftung NRW förderte in dem Monat mit 5,4 Millionen Euro 30 Projekte, bei denen ausschließlich Männer Regie führten, hatte das Branchenmagazin „Blackbox" publiziert.

Dennoch erfreut sich selbst unter Frauen die Idee, Regieaufträge und Förderungen nach Quote zu besetzen, mitunter nicht allzu großer Beliebtheit. Dem Begriff „Quotenfrau" hänge Abschätziges an. Viele befürchten Anzweifelungen: Sie hat den Auftrag nur aufgrund der Verteilungsgerechtigkeit bekommen. Ob der Frau die Qualifikation fehle? „Mag sein, doch ohne Quote bewegt sich einfach überhaupt nichts, deshalb müssen wir darauf beharren", erklärte Kate Kinninmont, Vorsitzende der britischen Frauenorganisation „Women in Film und Television" unter Applaus. Geduld hätten Frauen nun wahrlich lang genug bewiesen, und die Missstände sanft angemahnt: Es dürfe nicht sein, dass Filme in Kino und Fernsehen weiterhin weitgehend in männlicher Regie geführt – und aus deren Perspektive gezeigt würden. Dies führe häufig dazu, dass Rollen so besetzt seien, dass Frauen in Filmen nur visuell präsent seien. „Es wäre aber doch auch schön, wenn Unterhaltungen von Frauen gezeigt werden – und zwar auch solche, die sich nicht nur um Männer drehen", kommentierte die Britin ironisch.

Ähnlich schätzte auch die Filmschauspielerin Belinde Ruth Stieve die Lage ein: „Ich möchte keine Filme mehr, in denen nur Männer agieren, und Frauen begleiten, lieben und schön aussehen". Stieve sieht noch einen anderen Aspekt: Rollen für Frauen in Filmen würden aus diesem Grund entsprechend weniger in die Drehbücher hinein geschrieben. Dies bedeute: Schauspielerinnen erhalten weniger und schlechter bezahlte Rollenangebote als Männer; müssten zudem früher als letztere aus dem Beruf ausscheiden; mitunter lange vor Erreichen des Rentenalters. Während Männer noch bis 45 Jahre gefragt seien, sei bei Frauen häufig mit 40 Schluss. Fazit: Sie erhalten weniger Aufträge für weniger Geld und werden früher aus dem Job gekickt. „Wenn wir nicht wollen, dass Frauen insofern weiterhin der Altersarmut ausgesetzt sind, müssen wir jetzt daran etwas ändern", mahnt Stieve.

Die Regisseurinnen von „Pro Quote Regie" haben nun einen Aufruf gestartet. Ziel ist, bis 2018 die Vergabe der Regieaufträge an Frauen in öffentlich-rechtlichen Sendern auf 30 Prozent zu erhöhen, 2020 auf 42 Prozent. Denn 42 Prozent aller Filmhochschulabgänger hierzulande sind derzeit Frauen – mit steigender Tendenz. 2025 sollen es dann 50 Prozent sein. Genauso fordern es die Regisseurinnen auch für die bundesweit vergebenen Filmfördermittel, entsprechende Gremien müssten paritätisch mit Männern und Frauen besetzt werden. Ist ihr Ziel erreicht, will sich die Initiative auflösen. Den Aufruf unterstützen keineswegs nur unter Benachteiligung leidende Regisseurinnen, sondern auch Prominente wie Helke Sander, Margarethe von Trotta, Ulrike Folkerts, Veronica Ferres. Auch bekannte Regisseure finden, mit der Benachteiligung muss endlich Schluss sein, unter anderem Michael Ballhaus, Edgar Reitz, Volker Schlöndorff.

Gitta Düperthal ■

Ein anderer Beginn

Neues Printprojekt Leipziger Zeitung ab Mai wöchentlich

Am 20. März erschien in Leipzig die Null-Nummer des neuen Printprojekts Leipziger Zeitung, das ab Mai wöchentlich erscheinen soll. Im Untertitel steht: „Die Wochenzeitung in Leipzig – lokal, fair und transparent". Bis Ende April lief die Erprobungsphase, in der die Macher bei zahlreichen Leserforen mit Interessenten ins Gespräch kamen. Die Besonderheit: Die Leipziger Zeitung erscheint zunächst ausschließlich gedruckt – in Zeiten des kostenlosen digitalen Informationskonsums ein mehr als gewagtes Experiment.

5.000 Abonnenten sollten bis Ende April für die neue Zeitung gewonnen sein. Eine Wochenzeitung gibt es in der Messestadt mit rund 540.000 Einwohnern bislang nicht. Diese Marktlücke wollen Moritz Arand, seine Co-Gründer Robert Dobschütz und Cesare Stercken zusammen mit weiteren rund 20 Mitstreiter/innen füllen. Sie alle glauben an die Zukunft von Print: „Dieses Interesse an etwas Greifbarem ist weiterhin groß, vielleicht nicht so sehr in der Generation WhatsApp, aber doch bei einem großen Teil der Menschen", hatte Arand im März gegenüber *kressreport* erklärt. Auch potenzielle Anzeigenkunden zeigten Interesse. Bisheriges Fazit: 1010 Exemplare der Auftakt-Ausgabe wurden bis Mitte April verkauft, nur ein rundes Fünftel der Zielmarke. 750 Abos wurden abgeschlossen, diese Zahl müsste mittelfristig 15mal so hoch sein. Doch die Pioniere lassen sich davon nicht schrecken, wollen weitermachen. Schon der Vertrieb der *LZ* am Grosso vorbei ist eine Herausforderung: Einzelexemplare für je 2,10 Euro sind in lokalen Geschäften erhältlich. Das Abo mit Lieferung nach Hause kostet 69 Euro im Jahr. Auch Förderabos können abgeschlossen werden – eine Variante, mit der auch das niveauvolle Stadtmagazin *kreuzer* überlebensfähiger wird.

Dennoch scheint der Zeitpunkt für das Projekt gut gewählt: Der Platzhirsch *Leipziger Volkszeitung (LVZ)* verliert stetig an Auflage, im letzten Jahr waren es 8.000 Exemplare in der harten Auflage (IVW, IV. Quartal). Die Nachricht, dass große Teile der Zeitung zukünftig im Stammhaus der Mediengruppe Madsack in Hannover entstehen werden, dürfte für weitere Leserverluste sorgen. Auch *Bild* mit seinen Regionalseiten büßte ein, obwohl Leipzig eine wachsende Stadt ist – allein 2014 gab es ein Einwohnerplus von 13.000.

Was die Macher vorhaben, die bislang für das lokale Nachrichtenportal *Leipziger Internetzeitung (L-IZ)*, die Stadtteilzeitung *3Viertel* und den meinungsbetonten Blog *Weltnest* tätig waren, ist inhaltlich nichts Revolutionäres: Eine qualitativ gute Wochenzeitung zwischen *LVZ* und dem Stadtmagazin *kreuzer*. Die Auftakt-Ausgabe ist eher als Konzeptentwurf zu sehen, gibt aber schon in der Titelzeile die Richtung an: „Ein anderer Beginn". In der Zeitung gibt es eine Reportage über das Leipziger Kinderheim Tabaluga, das Porträt einer Diskuswerferin, viele Interviews und einen Schwerpunkt zum enger werdenden Mietmarkt.

Der provisorische Redaktionsraum befindet sich im Westwerk, einem stillgelegten Fabrikgelände im Stadtteil Plagwitz im Leipziger Südwesten, unweit des mittlerweile weltberühmten Spinnereigeländes mit seinen Ateliers und Galerien. In diesem Umfeld erschienen auch 50 Ausgaben der monatlichen kostenlosen Stadtteilzeitung *3Viertel*, die Ende vergangenen Jahres aus Finanznöten eingestellt wurde. Nun arbeiten die ehemaligen Macher Arand und Stercken mit ganzer Kraft am neuen Projekt *LZ*. Auf der Internetpräsenz positionieren sie sich als Lokalpatrioten im besten Sinne. Cesare Stercken: „Mit vereinten Kräften und frei von Konkurrenzgehabe sehen wir im gemeinsamen Handeln die Chance, in Leipzig etwas zu bewegen." Moritz Arand: „Wir wollen eine Stellung in Leipzig einnehmen, die Monopolisten die Allmachtsphantasien streitig macht und damit aktiv in städtische Prozesse aufklärend eingreifen." Dazu müssten sich Formate jenseits der Leitmedien zusammenschließen, um in der Bündelung einen relevanten Gegenpol zur Medienöffentlichkeit darzustellen. Nils Schmidt (*Weltnest.de*) sieht sich und seine Mitstreiter als „engagierte Bürger, die in der Fortschreibung einer Leipziger Tradition, sich selbst in das Stadtgeschehen einzumischen", stehen.

Die finanzielle Problematik kann bei all dem nicht ausgeblendet werden. Robert Dobschütz (*L-IZ*): „Es geht um die Bezahlung einer handwerklichen Arbeit, welche sich Lokaljournalismus nennt. Dieser hat drei Eigenschaften: er ist dreckig, teuer und transparent. All dies gilt es zu erhalten und gemeinsam auch mit den Leipzigern auszubauen." Stercken meint, dass eine aufklärende Schreibfeder und erfrischende Lektüre wie die *LZ* in der Leipziger Medienlandschaft dringend gebraucht würde. Aber: „Wir alle stehen über alle Medienarten hinweg der gleichen noch unbeantworteten Frage gegenüber: Wie ist journalistische Arbeit auch zukünftig bezahlbar?"

Gundula Lasch ■

Perspektive

„Ja, wir sind in gewisser Weise auch alle etwas wahnsinnig, aber wer Großes erreichen will, sollte nicht klein anfangen zu denken." (Moritz Arand)

Nachzuprüfen unter: www.leipzigerzeitung.net

Cesare Stercken, Moritz Arand, Redakteur Andreas-Peter Pausch und Robert Dobschütz (v.l.n.r.) bei der Pressekonferenz zur Ausgabe Null.

Foto (M): Ildiko Sebestyen Photographie

Das Ende der Medienoligarchen

Rumänien: Verurteilungen wegen Korruption und weitere Ermittlungen

Sie kamen in den neunziger Jahren ans große Geld, gewannen Milliarden durch wenig transparente Privatisierungsdeals, profitierten von der damals noch unklaren Gesetzeslage und vom Immobilienboom, sie gründeten mächtige Konzerne, mischten in der Politik mit und kauften sich Zeitungen, Radio- und Fernsehsender. Jetzt sitzen sie fast alle hinter Gittern: Es ist das Ende der rumänischen Oligarchen.

Foto: George „Pope" Popescu

Der ehemalige Besitzer des Trash-Fernsehsenders OTV Dan Diaconescu war zweifellos der schrillste rumänische Medienoligarch. Er moderierte selber jeden Tag eine fünfstündige Talkshow. Jetzt sitzt er im Gefängnis wegen Erpressung.

Die meisten Kommentatoren und Beobachter in Bukarest, Brüssel und Berlin begrüßen den neuen Eifer der Justizbehörden in Rumänien, die in der letzten Zeit viel systematischer gegen die weit verbreitete Korruption vorgehen und einen Schlussstrich unter den wilden Balkankapitalismus ziehen. Nachdem der wirtschaftsliberale, deutschstämmige Klaus Johannis Ende vergangenen Jahres überraschend zum Staatspräsidenten gewählt wurde, scheint diese großangelegte „Aufräumaktion" unumkehrbar geworden zu sein.

Doch was bedeutet das für die rumänischen Medien, die sich seit Jahren im Besitz der „Kartonmilliardäre" befinden? Zunächst eine gewisse Erleichterung in den Redaktionen, über die man allerdings nur hinter vorgehaltener Hand redet, solange die neuen Eigentumsverhältnisse noch nicht geklärt sind. „Mit den Oligarchen sind nicht nur einzelne Personen, sondern auch das gängige Geschäftsmodell der Branche dahin", stellt der Publizist und Blogger Costi Rogozanu fest. „Verflechtungen zwischen Wirtschaft, Politik und Medien könnte es natürlich auch in der Zukunft geben, aber nicht in der bisherigen, eher primitiven Form, die auf einer direkten Instrumentalisierung von Zeitungen und Fernsehsendern basierte. Insofern handelt es sich um eine vorerst positive Entwicklung, um eine Normalisierung der Machtstrukturen, die die Medienwelt umfassen."

In der Tat gilt die undurchsichtige oder sogar zweifelhafte Finanzierung seit langem als eine Art Achillesferse der Medien nicht nur in Rumänien, sondern auch in anderen Ländern der Region. Mehrere spezifische Faktoren machen das Problem viel komplexer und akuter als in Mittel- und Westeuropa. Zum einen sind die Auflagen der überregionalen Zeitungen so schnell und tief gesunken, dass ernstzunehmende Analysen bereits jetzt von „Bedeutungslosigkeit" berichten: Die auflagestärkste Qualitätstageszeitung, das *Evenimentul Zilei*, findet insgesamt lediglich 13.000 Abonnenten und Käufer, und selbst die größte Boulevardzeitung *Click* wird täglich nur von 110.000 Rumänen gekauft – das sind 0,5 Prozent der Bevölkerung. Zum anderen hatte die Wirtschaftskrise eine katastrophale Auswirkung auf die Werbeeinnahmen von allen Medien: Fünf Bukarester Tageszeitungen verzichteten seit 2009 auf die gedruckten Ausgaben, zahlreiche Beilagen und Zeitschriften wurden eingestellt, die Redaktionen halbiert oder zusammengelegt, die meisten Fernsehsender schreiben seitdem ständig rote Zahlen.

Vor diesem düsteren Hintergrund verließen viele ausländische Medienkonzerne das Land, wenn nicht schon die ganze Region, oder sie beschlossen, zukünftig auf das Nachrichtensegment zu verzichten und sich auf Unterhaltung zu konzentrieren. So zog sich etwa die deutsche WAZ-Gruppe 2010 aus Osteuropa zurück, und die schweizerische Ringier AG behielt in ihrem rumänischen Portfolio nur Boulevardblätter und Magazine wie *Elle* oder *Bravo*. Vom Rückzug des westeuropäischen Kapitals profitierten die einheimischen Oligarchen, deren Geschäftsmodell auf Medien als Druckmittel setzte. „Unmittelbar und rein finanziell sind Tageszeitungen oder Nachrichtensender zwar ein großes Verlustgeschäft, das andere Teile des Konzerns, etwa die Bauunternehmen querfinanzieren müssen", erklärt Publizist Rogozanu. „Doch wenn es durch die Medien gelingt, Druck auf die Politik auszuüben, um an besonders lukrative öffentliche Aufträge für die gleichen Bauunternehmen zu kommen, dann läuft das Geschäft wie geschmiert."

Das Rezept funktioniert allerdings nur, solange sich korrupte Politiker und Ministerialbeamte erpressen lassen und die zweifelhaften Deals nicht auffliegen. Doch eben das scheint seit einem Jahr nicht mehr der Fall zu sein: Einer nach dem anderen gerieten ehemalige und amtierende Abgeordnete, Bürgermeister, Minister und zahlreche Unternehmer ins Visier der mächtigen Sonderabteilung für die Bekämpfung der großen Korruption. Die Staatsanwälte gingen entschieden auch gegen Medieninhaber wie Dan Voiculescu, Sorin Ovidiu Vantu, Dan Adamescu, Adrian Sarbu, Sebastian Ghita oder Dan Diaconescu vor, die früher als „unantastbar" galten und die zusammen

fast die ganze rumänische Medienlandschaft besitzen. Vier von ihnen wurden bereits wegen Betrugs, Bestechung, Erpressung, Steuerhinterziehung oder Geldwäsche verurteilt, in vielen anderen Verfahren laufen noch die Ermittlungen.

Dass das alte Geschäftsmodell der Medienbranche ausgedient hat, ist mittlerweile allen Beteiligten klar. Weniger klar ist, wie eine Alternative aussehen könnte. Die überwiegende Mehrheit der jüngeren Mittelschicht aus den Großstädten informiert sich fast ausschließlich online und meidet klassische Medien. Diese sehr aktive Bevölkerungsgruppe ist finanziell meistens besser aufgestellt und mehr an Politik interessiert als die älteren Generationen: Sie ist anders als in Deutschland in der Lage, die Konsumtrends für die ganze Gesellschaft zu diktieren und durchzusetzen. Selbst Gewohnheiten wie das regelmäßige Zuschauen der 20-Uhr-Nachrichten oder das Abonnieren einer Tageszeitung, die in Berlin noch als etabliert und „normal" gelten, würden im digital sehr gut vernetzten Bukarest als altmodisch auffallen. Ob die neue Mittelschicht bald für Medieninhalte im Internet zahlen wird, steht jedoch noch in den Sternen.

Osteuropa-Korrespondent Silviu Mihai aus Bukarest ■

Europäischer Rat startet Seite zur Pressefreiheit

Der Europäische Rat hat am 2. April eine Internet-Plattform gestartet, die dazu beitragen soll, den Journalismus und die Pressefreiheit zu verteidigen sowie Journalistinnen und Journalisten vor Angriffen und Bedrohungen zu schützen. Nach monatelangen Vorbereitungen war dafür zuvor am 4. Dezember 2014 das „Memorandum of Understanding" mit der Europäischen Journalisten-Föderation (EJF), zu der auch die dju in ver.di gehört, unterschrieben worden. Wo immer es gewaltsame Angriffe oder gesetzliche Verfolgung gegen Journalistinnen und Journalisten gibt, sollen solche Angriffe auf der Internet-Seite des Europäischen Rats und ihrer Partnerorganisationen, der Europäischen und der Internationale Journalisten-Föderation, Reporter ohne Grenzen, Article 19 und der Assoziation Europäischer Journalisten (AEJ), öffentlichkeitswirksam angeprangert werden.

„Die Sicherheit von Journalisten ist essentiell für freie und unabhängige Medien in unserer Demokratie. Wir begrüßen deshalb diesen wichtigen Schritt des Europäischen Rats, der die Mitglieder des Rats zu mehr Respekt für die Pressefreiheit verpflichten soll", sagte EJF-Präsident Mogens Blicher Bjerregård. „Wir fordern unsere Mitgliedsorganisationen auf, uns jeden Angriff auf Medien unverzüglich mitzuteilen. Das wird helfen, Druck auf pressefeindliche Mitgliedsstaaten des Europäischen Rats auszuüben, um sie zur Akzeptanz der internationalen Standards der Pressefreiheit zu bewegen." ■

Meldungen über Verletzungen der Pressefreiheit nimmt die EJF entgegen unter: efj@ifj.org

Memorandum of Understanding:

www.coe.int/t/dghl/standardsetting/media/MOU.pdf

Internet-Plattform:

www.coe.int/en/web/media-freedom

Niederländische Korrespondentin frei

TÜRKEI. Die Niederländische Korrespondentin Frederike Geerdink wurde am 13. April in der Türkei vom Vorwurf der Terrorpropaganda freigesprochen. Die Anklage legte ihr zur Last, dass sie Fotos von Sympathisanten der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK auf ihrer Facebook-Seite veröffentlicht hatte. Sie interviewte auch PKK-Chef Cemil Bayik und gab ihm die Hand, wie auf einem Foto zu sehen war. Letztlich beantragte selbst die Staatsanwaltschaft den Freispruch.

International sorgte der Fall für großes Aufsehen. Erstmals wurde im Fall Geerdink der Anti-Terror-Strafrechtsparagraf gegen eine Auslandskorrespondentin angewandt. Ansonsten wird er in der Türkei benutzt, um Kritiker zum Schweigen zu bringen. ■

Russlandfreundlicher Journalist erschossen

KIEW. Maskierte Täter haben in Kiew den bekannten prorussischen Journalisten Oles Buzyna erschossen. Die Tat habe sich offenbar vor der Wohnung des Journalisten ereignet. Der 45jährige arbeitete für die ukrainische Tageszeitung *Sewodnja* und war für seine prorussischen Artikel bekannt. Seinen Posten als Chefredakteur des Blattes hatte er vor kurzem niedergelegt. Er kritisierte laut *Spiegel-Online* unter anderem „Zensur" durch die prowestlichen Machthaber sowie ein Auftrittsverbot im Fernsehen. Bei der letzten Parlamentswahl hatte Buzyna ohne Erfolg für die Partei Russischer Block kandidiert.

Foto: dpa / ZUMA Wire / Serg Glovny

Oles Buzyna

„Wir sind von der Tötung von Oles Buzyna schockiert. Unsere Gedanken sind bei seiner Familie und Freunden", sagte der Präsident der Internationalen Journalisten-Förderation (IJF) Jim Boumelha. „Umstritten oder nicht, Journalisten dürfen nicht für ihre Berichterstattung oder ihre Ansichten hingerichtet werden. Die IJF fordert eine schnelle und unabhängige Untersuchung, um die Täter dieses schockierenden Mordes vor Gericht zu bringen." Mogens Blicher Bjerregård, Präsident der Europäischen Journalisten-Förderation (EJF), sagte: „Die kontinuierliche Verfolgung von Journalisten muss aufhören. Alle verantwortlichen Regierungen und internationalen Institutionen müssen ihre Verpflichtungen erfüllen und ihr Engagement erhöhen, um die Sicherheit von Journalisten zu gewährleisten und die Straflosigkeit der Täter vor allem in Zeiten von Konflikten zu bekämpfen." Präsident Petro Poroschenko soll eine schnelle Untersuchung des Falles angeordnet haben. ■

Keine Lust auf Debatte

Schweres Fahrwasser für BBC im Klima politischer Instabilität

Foto: epa / Facundo Arrizabalaga

Großbritannien wählt am 7. Mai ein neues Parlament. Diese Wahl findet in einem Klima politischer Instabilität statt, wie sie die britische Gesellschaft in der Nachkriegsgeschichte noch nicht gekannt hat. Auch wenn Schottland (vorerst!) im Vereinigten Königreich bleibt, ist neben der andauernden Diskussion über das Für und Wider der Sparpolitik der Regierung das Zusammenspiel der verschiedenen Städte, Regionen und Nationen Großbritanniens ein Thema von zunehmender Bedeutung für die Politik. Das geht an den Medien nicht spurlos vorbei. Schon gar nicht an der BBC.

„Future of News" kann frei geladen werden unter: http://newsimg.bbc.co.uk/1/shared/bsp/hi/pdfs/29_01_15future_of_news.pdf

Seit 1927 sendet die BBC mit Erlaubnis des Königshauses. Diese Erlaubnis muss alle zehn Jahre erneuert werden. Das geht immer mit einer langwierigen Reformdiskussion einher. Ende 2016 ist es wieder soweit. Um 2017 weiter senden zu können, braucht die BBC eine Erneuerung der so genannten „Royal Charter", in der Auftrag und Rahmenbedingungen für den Sender definiert werden. Es wird Aufgabe der neuen Regierung sein, sich damit herumzuschlagen. Doch die Diskussion darüber ist schon Monate vor der Wahl entbrannt.

Und hier kommt die politische Instabilität auf der Insel ins Spiel. Sie hat die BBC bereits vor einige Herausforderungen gestellt. Darüber, ob sie diese bewältigt hat, gibt es geteilte Meinungen. So fanden in den Wochen vor dem schottischen Unabhängigkeitsreferendum wütende Demonstrationen von Unabhängigkeitsbefürwortern statt, die der BBC eine mangelnde Balance in der Berichterstattung vorwarfen.

Tendenzberichterstattung. Bereits Ende 2013 veröffentlichte der schottische Professor John Robertson eine Langzeitstudie. Von September 2012 bis September 2013 hatte er die Berichterstattung der BBC über die schottische Unabhängigkeitsbewegung beobachtet. Dabei kam er zu dem Ergebnis, dass die Mehrheit der von der BBC produzierten Beiträge eine Tendenz gegen das schottische Unabhängigkeitslager im Allgemeinen und die Scottish National Party im Besonderen aufwiesen.

Die BBC reagierte empfindlich getroffen und protestierte beim Präsidenten der University of West Scotland, bei der Robertson angestellt war. In der BBC wurde über die Studie nicht berichtet. Dabei hätte sie die Möglichkeit gehabt, die Untersuchung im Rahmen einer Berichterstattung kritisch zu hinterfragen. Robertson bot wiederholt an, sich der Debatte zu stellen. Doch die damaligen Chefs der BBC Schottland hatten darauf keine Lust.

Solches Verhalten kann sich nun rächen, wenn nach den Wahlen im Mai dutzende Abgeordnete der Scottish National Party (SNP) im britischen Unterhaus sitzen werden. Es besteht durchaus die Möglichkeit, dass die neue britische Regierung deren Stimmen brauchen wird. Das könnte den SNP-Abgeordneten auch Einfluss auf den Diskussionsprozess um die Erneuerung der Sendelizenz für die BBC geben.

Zwar verteidigt die BBC ihre Schottland-Berichterstattung auch weiterhin. In anderen von der Corporation veröffentlichten Dokumenten ist aber auch Selbstkritik zu lesen. In einem Anfang dieses Jahres unter dem Titel „The Future of News" veröffentlichten Papier ist unter anderem von einem Demokratiedefizit in Großbritannien die Rede: Über Teile des Landes gebe es keine ausreichende Berichterstattung; in anderen würden öffentliche Dienstleistungen nicht hinterfragt und die Mächtigen nicht auf effektive Weise zur Rechenschaft gezogen. Doch gerade dies sei wesentliche und einzigartige Aufgabe der BBC.

Weniger Geld für mehr Bereiche. Dieses Defizit hat zum einen mit Einsparungen zu tun. Vielerorts, zum Beispiel in der 500.000 Einwohner zählenden nordostenglischen Stadt Bradford, hat die BBC in den letzten Jahren Regionalstudios geschlossen. 2010 handelte der damalige BBC-Generaldirektor Mark Thompson hinter verschlossenen Türen mit der Regierung die Nichterhöhung der Rundfunkgebühren aus. Gleichzeitig werden seitdem Teile der BBC durch die Gebühren mitfinanziert, die vorher Gelder aus anderen Töpfen bekamen. Das gilt beispielsweise für den World Service, der bis 2010 vom britischen Außenministerium finanziert wurde. Weniger Geld muss also auf mehr Bereiche verteilt werden. Hinzu kommt ein wachsendes Imageproblem. Manchen BBC-Journalisten wird zu große Nähe zu Politik und Wirtschaft nachgesagt. So konnte Andrew Marr, der ehemalige Chefkorrespondent für Politik, aus einem von ihm verfassten Roman im Amtssitz des Premierministers Cameron vortragen. Dieser sprach einleitende Worte, anwesend waren dutzende führende Politiker und Wirtschaftstreibende.

Auch dieser Problematik ist man sich bei der BBC scheinbar bewusst geworden. Im Bericht „The Future of News" steht zu lesen, in Zukunft würde das Misstrauen in der Bevölkerung gegenüber den Medien eher zu- als abnehmen. Wie man mit diesem Misstrauen in Zeiten wirtschaftlicher und politischer Instabilität umgeht, wird Teil der Lizenzverhandlungen nach den Wahlen sein. **Christian Bunke** ■

Hartes Willkürurteil

PEKING. Reporter ohne Grenzen (ROG) ist empört über das harte Urteil eines chinesischen Gerichts gegen die Journalistin Gao Yu. Die prominente Regimekritikerin wurde am 17. April wegen Geheimnisverrats zu sieben Jahren Haft verurteilt. Die Behörden legten Gao zur Last, sie habe sich ein geheimes Parteidokument verschafft und an eine Webseite im Ausland weitergegeben. Gao Yu sei das Opfer eines politischen Prozesses, sagte ROG-Geschäftsführer Christian Mihr. „Dieses Urteil ist ein weiterer Beleg dafür, dass die Kommunistische Partei Chinas gnadenlos jeden bestraft, der ihre Alleinherrschaft kritisiert." Sie müsse sofort freigelassen werden. Gao Yu gehört zu den renommiertesten Journalisten. Zuletzt arbeitete sie als freie Autorin für Internetveröffentlichungen und Rundfunksender, darunter auch die Deutsche Welle. Als Reaktion auf das Urteil hat die Deutsche Welle angekündigt, die Verhandlungen über die geplante Zusammenarbeit mit dem chinesischen Staatsfernsehen CCTV auszusetzen. ■

Mumia schwer erkrankt

MAHANOY. Starker Gewichtsverlust, schuppige Haut, verbunden mit Juckreiz und Schwindel. So beschreibt eine Besucherin Mitte April den Gesundheitszustand des US-amerikanischen Journalisten Mumia Abu Jamal, der sich auf der Krankenstation des Gefängnisses SCI Mahanoy befindet. Sein Gesundheitszustand sei weiterhin ernst, habe sich aber gegenüber Ende März gebessert. Damals war bekannt geworden, dass Mumia mit einem schweren Diabetesschock aus dem Gefängnis in ein Krankenhaus eingeliefert wurde. Zunächst durfte er keinen Besuch empfangen. Erst nach zahlreichen Protestmails und Kundgebungen vor US-Botschaften in aller Welt wurde seine Totalisolation aufgehoben. „Jetzt muss Mumia endlich freigelassen werden. Im Gefängnis ist seine vollständige Genesung nicht möglich", betont Anton Mestin von der Berliner „Mumia-Solidarität". Mumia Abu Jamal war 1982 wegen Mordes an einem Polizisten zum Tode verurteilt worden. Der Journalist, der auch Ehrenmitglied von ver.di ist, hat die Tat immer bestritten. Nach weltweiten Protesten wurde das Urteil in eine lebenslängliche Haftstrafe umgewandelt. **Peter Nowak** ■

http://www.freiheit-fuer-mumia.de/
https://mmm.verdi.de/aktuell-notiert/2015/

Web-Gesetz gekippt

NEU-DEHLI. Der Supreme Court of India hat ein umstrittenes Gesetz zu Fall gebracht, das es den Polizeibehörden des Landes erlaubt hatte, Menschen wegen des Postens von offensiven Meldungen im Internet zu verhaften und bis zu drei Jahre ins Gefängnis zu stecken. Wie das Oberste Gericht nun in seiner Entscheidung feststellt, berichtet pte, ist die entsprechende Passage des Information Technology Acts nicht mit den verfassungsmäßig geschützten Rechten der Bürger vereinbar. ■

Aktion für César Omar Silva Rosales, Honduras

AMNESTY INTERNATIONAL

Morddrohung nach Kritik am Militär

Es war ein ganz gewöhnlicher journalistischer Termin, den César Omar Silva Rosales am 24. Januar 2015 wahrnehmen wollte. Der Redakteur einer bekannten Fernsehsendung wollte über eine Parlamentsdebatte in Tegucigalpa berichten. Das Thema: Soll die Militärpolizei Verfassungsrang erhalten?

Doch César Omar Silva Rosales wurde der Zugang zum honduranischen Parlament verwehrt. Man sagte ihm, dass sein Name nicht auf der Liste der akkreditierten Journalisten stehe. Als er eine Erklärung verlangte, deutete ein hochrangiger Militärangehöriger mit dem Finger auf ihn und sagte: „Du kannst nicht rein, weil ich es sage, und ich treffe hier die Entscheidungen." Der Journalist solle aufhören, negative Berichte über das Militär zu veröffentlichen, meinte der Soldat und drohte: „Sonst wirst du schon sehen, dass man dich mundtot und mit gelben Beinen im Graben wiederfinden wird."

César Omar Silva Rosales ist kein zufälliges Opfer der Einschüchterungen. Am 18. Januar wurden in einer Fernsehsendung, an der er beteiligt war, erniedrigende Methoden geschildert, die bei der Ausbildung von Soldaten angewendet werden.

Schon früher ist César Omar Silva Rosales mehrfach wegen seiner journalistischen Arbeit verfolgt worden. Im Februar 2013 wurden er und sein Kameramann von einigen Personen angegriffen, als sie in der Nähe des Präsidentenpalasts Aufnahmen machten. Beide wurden verletzt, ihre Ausrüstung wurde beschädigt.

Im Dezember 2009 wurde der Fernsehredakteur von bewaffneten Männern entführt und an einen unbekannten Ort gebracht. Er wurde geschlagen und dann aus einem fahrenden Auto geworfen. Im selben Jahr war er bereits von Polizisten körperlich attackiert und festgenommen worden. Er sah sich daraufhin gezwungen, zeitweise das Land zu verlassen.

In Honduras wurden in den vergangenen fünf Jahren mehr als 30 Journalisten getötet und viele weitere eingeschüchtert. Die Täter werden so gut wie nie ermittelt, so dass ein Klima von Angst und Straflosigkeit entstanden ist.

Was können Sie tun?
Schreiben Sie an den honduranischen Generalstaatsanwalt und fordern Sie ihn auf, wirksame Schutzmaßnahmen für den Journalisten César Omar Silva Rosales zu ergreifen sowie die Morddrohungen gegen ihn zu untersuchen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Schreiben Sie auf Spanisch, Englisch oder Deutsch an den Generalstaatsanwalt:

Sr. Oscar Fernando Chinchilla
Lomas del Guijarro
Avenida República Dominicana
Edificio Lomas Plaza II
Tegucigalpa
HONDURAS
Fax: 00 504 – 2 221 5667

Senden Sie eine Kopie Ihres Schreibens an:
BOTSCHAFT DER REPUBLIK HONDURAS
S. E. Herrn Ramón Custodio Espinoza
Cuxhavener Straße 14, 10555 Berlin
Fax: (030)3974 9712
E-Mail: informacion.embahonduras.de@gmail.com

Amnesty International
Zinnowitzer Straße 8
10115 Berlin
www.amnesty.de

ver.di

ver.di
Bundesverwaltung
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin
www.verdi.de

Einzige Alternative Exil

Medien auf der Krim – „gesetzloser Zustand" ein Jahr nach der Annexion

Seit dem Anschluss der Krim an Russland vor einem Jahr haben sich die Bedingungen für eine unabhängige Berichterstattung auf der Halbinsel massiv verschlechtert. Medien, die den neuen Machthabern kritisch gegenüberstehen, werden laut Reporter ohne Grenzen (ROG) bedroht und verfolgt. Oppositionellen Journalisten bleibt meist keine Alternative als das Exil.

Am 5. März 2014 stürmten bewaffnete prorussische Milizen die Räume von Chernomorskaya TV, damals der größte unabhängige Fernsehsender der Krim. Das passierte 11 Tage vor dem umstrittenen Referendum zur Angliederung der Halbinsel an die Russische Föderation. „Die Redaktion wollte anfangs weiterarbeiten, um eine Abspaltung der Krim zu verhindern, aber als die Redaktionsräume und das Zentrum für journalistische Recherchen besetzt wurden, war klar, dass dieser Plan nicht aufgehen konnte", berichtet Alexander Jankowski, Chefredakteur von Chernomorskaya TV, in einer ROG-Veranstaltung in Berlin. Auf der terrestrischen Frequenz von Chernomorskaya TV sendet seitdem der russische Sender Rossiya 24. Auch die anderen zentralukrainischen Sender auf der Krim – etwa die Sender Inter, Briz, STV und 5. Kanal – wurden in der Folge aus dem Kabelnetz genommen und durch das russische Staatsfernsehen ersetzt. Am 1. August 2014 wurde schließlich das Eigentum von Chernomorskaya TV beschlagnahmt. Jankowski spricht von einem „gesetzlosen Zustand".

Nicht viel besser erging es den Printmedien. Zeitungen in ukrainischer Sprache werden nicht mehr auf die Krim geliefert. Unabhängige Radiosender verloren ihre Lizenz. Jankowski ging ins Exil, nach Kiew. Immerhin 40 Prozent der Krim-Bevölkerung können Chernomorskaya TV von dort noch über Satellit empfangen. Seine drei auf der Krim verbliebenen Mitarbeiter recherchierten unter geradezu klandestinen Bedingungen, berichtet Jankowski. Ihre Mikrofone und kleinen Kameras hielten sie unter der Kleidung versteckt: „Am besten, man geht eng untergehakt spazieren und tut so, als wäre man ein Liebespaar." Er selbst produziert seit Juli 2014 wöchentliche Reportagen über das Leben auf der Krim – für Krym.Realii, die Ukrainer Dependance von Radio Free Europe/Radio Liberty.

Lediglich mehr Bürokratie. Reporter ohne Grenzen kritisiert den Druck und die massiven Einschüchterungen, denen die auf der Krim verbliebenen Journalisten ausgesetzt sind. So sei das Haus der russlandkritischen Bloggerin Elizaveta Bogutskaya im vergangenen Herbst von Ermittlern der Anti-Extremismus-Abteilung der Krim durchsucht worden – auch wegen ihrer Kooperation mit Krym.Realii. Wie andere Oppositionelle habe sie inzwischen die Krim verlassen.

Mit solchen negativen Erfahrungen kann Jutta Sommerbauer nicht aufwarten. Die Osteuropa-Reporterin der Wiener Tageszeitung *Die Presse* klagt allenfalls über ein Mehr an Bürokratie. So benötige man jetzt ein Visum für die Einreise auf die Krim, müsse sich zudem beim Außenministerium in Moskau eine Akkreditierungskarte besorgen, sagte sie in Berlin. „Ansonsten muss ich sagen, dass ich in Ruhe gearbeitet habe und da jetzt keine Hürden zu überwinden hatte", sagt die Journalistin, die erst kürzlich von einer Recherchereise von der Krim zurückkehrte.

Auf der anderen Seite erschwere auch die Ukraine die Kommunikation, bedauert Sommerbauer. Seit September vergangenen Jahres hätten die Behörden den Zugverkehr und den Linienbusbetrieb auf die Krim eingestellt. Als westliche Journalistin werde sie von der Bevölkerung gelegentlich misstrauisch als potentielle Konfliktpartei beäugt. Zwar hätten die Menschen nach wie vor „sehr hohe Erwartungen an Russland", was die Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen angehe. Die Euphorie, die nach dem Anschluss zunächst herrschte, sei aber inzwischen „schon ein bisschen verflogen".

Vom Netz genommen. Zur Verwunderung mancher westlicher Beobachter sendete der krimtatarische Sender ATR auch nach der Annexion weiter. Für Alexander Jankowski von Chernomorskaya TV ist das nicht weiter erstaunlich. „Seit dem 18. Mai 2014 hat dieser Sender Begriffe wie Besatzung, Annexion und selbsteingesetzte Macht aus dem Vokabular verbannt", sagt er. Politische Berichterstattung finde seitdem kaum noch statt. Aber auch die weitgehende Anpassung an die Wünsche der neuen Machthaber schützten den Sender nicht vor Repressalien. Ende Januar dieses Jahres erlebte ATR eine großangelegte Razzia russischer Polizisten. Die Uniformierten unterbrachen den Sendebetrieb, beschlagnahmten Server und behinderten die Redaktion stundenlang bei der Arbeit. Begründung: der Sender schüre „Misstrauen gegen die Staatsmacht". Letztlich verweigerten die russischen Behörden dem einzigen unabhängigen Sender der Krim-Minderheit Ende März die Lizenz. Laut Berichten in verschiedenen Medien wurde er auf der Krim vom Netz genommen, sende aber in der Ukraine weiter.

Foto: ROG

Die „Pressefreiheit auf der Krim ein Jahr nach der Annexion" war Thema einer Märzveranstaltung von Reporter ohne Grenzen in Berlin: Alexander Jankowski, Jutta Sommerbauer und Silke Ballweg von ROG (v.l.n.r.)

Alexsander Jankowski appelliert an die westlichen Medien, „mehr Mitarbeiter auf die Krim zu schicken", um eine unabhängige Berichterstattung über solche Vorgänge zu sichern. Die österreichische Reporterin Jutta Sommerbauer kann ihm da nur wenig Hoffnung machen. „Was ständige Korrespondenten auf der Krim angeht, da sehe ich leider schwarz", bedauert sie. Leider seien auch viele deutschsprachige Medien in einer prekären finanziellen Situation. „Oft haben wir nicht einmal einen ständigen Korrespondenten in Moskau, geschweige denn in Kiew."

Günter Herkel ■

ERT wieder on air

Griechenland: Entlassene kehren in öffentlich-rechtlichen Sender zurück

Zumindest eine der Ungerechtigkeiten der über Griechenland verhängten Austeritätspolitik wird in diesen Tagen korrigiert sein: Anfang April wurde das Gesetz zur Wiedereröffnung der von Ex-Ministerpräsident Antonis Samaras geschlossenen öffentlich-rechtlichen Sendeanstalt ERT ins Parlament eingebracht. Den dortigen zuständigen Ausschuss hat es bereits erfolgreich passiert. Und auch im Plenum sind die nötigen Stimmen für seine Verabschiedung durch die Mehrheit der Regierungsparteien SYRIZA und ANEL gesichert.

Foto: dpa / Pacific Press / Michael Debets

Letzte Wahlkampfveranstaltung der griechischen Linken Ende Januar in Athen: Die Fahnen des ehemaligen griechischen Senders ERT sind weit zusehen. Er muss wieder senden dürfen, forderten die geschassten Beschäftigten damals. Mit Erfolg!

Fast 2.700 Medienarbeiter waren bei der handstreichartigen Schließung der ERT im Juni 2013 arbeitslos geworden. Nur wenige Hundert wurden beim wenig später gegründeten, angeblich von den „Sünden der ERT“ unbelasteten Nachfolgesender NERIT zu wesentlich schlechteren Bedingungen wieder eingestellt. Doch statt der versprochenen Befreiung von Verschwendung und Beeinflussung entwickelte sich NERIT schnell zum reinen Sprachrohr der Regierungskoalition aus Nea Dimokratia und PASOK. Gleichzeitig wurde für die Produktion einzelner Formate ein Vielfaches dessen ausgegeben, was für vergleichbare Sendungen bei ERT veranschlagt worden war.

Bereits bei Schließung der ERT hatte die Partei SYRIZA sich verpflichtet, im Falle einer Regierungsübernahme die ehemalige öffentlich-rechtliche Sendeanstalt ERT wieder zu öffnen. Alle Entlassenen sollten wieder eingestellt werden. Etwas befremdlich ist es dennoch, wenn die im Januar angetretene griechische Linksregierung ihr Versprechen nun auf Grundlage eines Gesetzes einhalten will, dass nur eine angepasste Version der Regelungen für die NERIT ist. Dies wird auch von einem Teil der sich auf ihre Wiedereinstellung freuenden ERTianern kritisch gesehen.

„Besonders im ersten Jahr steht die ERT unter starker Kontrolle der Regierung, die setzt sogar das Leitungsgremium der Sendeanstalt ein“, meint Anna Konstantakou im Gespräch mit M. Die erfahrene Radiojournalistin gehört zu einem Team von etwa 700, die bei der Schließung der ERT geschasst wurden. Sie betreiben seitdem in Eigenregie und mit Unterstützung ihrer Gewerkschaften den Alternativsender ERT-Open. „Alle notwendigen Veränderungen sollen bei ERT im Laufe der Zeit vorgenommen werden, damit auch wirklich die richtigen Entscheidungen getroffen werden“, erläutert Konstantakou die Vorstellung der Regierung. Sie zweifelt an, dass das so umgesetzt werden kann: „Denn einmal etabliert, gibt niemand Macht so einfach freiwillig ab.“ Bei ERT-Open hatte man Vorschläge ausgearbeitet, wie eine wirklich unabhängige und von ihren Betreibern selbstverwaltete Sendeanstalt aussehen könnte. In den Plänen der Regierung ist davon nur ein Vorschlagsrecht der Zuschauer bei der Programmgestaltung von Regionalsendern berücksichtigt worden.

Annas Kollege Giorgos Gioukakis dagegen sieht erst einmal das Positive: „Eines der ersten Gesetze der neuen Regierung sorgt dafür, dass die ERT wieder auf Sendung geht und all diejenigen an die Arbeit zurück kehren, die 2013 gesetzeswidrig entlassen worden sind“. Für den stellvertretenden Vorsitzenden der Athener Journalistengewerkschaft ESIEA führt dabei kein Weg an der Wiedereinstellung auch der bei NERIT untergeschlüpften Kollegen vorbei. „Rechtlich ist das gar nicht anders machbar“, meint Giokakis. Dabei weiß er, dass eine Zusammenarbeit derjenigen, die über ein Jahr bei ERT-Open für die Wiedereröffnung der ERT gekämpft haben mit denen, die diesem Kampf mit der Einstellung bei NERIT in den Rücken gefallen sind, schwierig sein wird.

Logisch, dass es unter den Hunderten von ERT-Open unterschiedliche Meinungen zu vielen Aspekten der neuen Sendeanstalt gibt. Zum Beispiel bei der Regelung, die vorsieht, dass die beiden Arbeitnehmervertreter im ERT-Leitungsgremien nicht gleichzeitig in einem Vorstand ihrer jeweiligen Gewerkschaft aktiv sein dürfen. Einig ist man sich dagegen darüber, mit ERT-Open etwas bis dahin Einmaliges geschaffen zu haben. „Wir haben der Gesellschaft eine Stimme gegeben, hier konnte jeder seine Meinung äußern“, konstatiert Radiomann Alexandros. Auch Anna Fotou wird ERT-Open mit Wehmut verlassen. „Hier haben wir gesehen, was man gemeinsam aufbauen kann“, meint die in ihren Job zurück kehrende Buchhalterin. Sie hat ihre Zweifel, ob derartige Eigeninitiative auch bei der neuen ERT erwünscht sein wird. „Aber wir müssen dafür kämpfen, so wie wir auch für ERT-Open gekämpft haben.“

Von Anfang an wurde der Kampf für die Wiedereröffnung von ERT von Solidarität im In- und Ausland begleitet. Aus dem Ausland kam unter anderem ganz praktische Hilfe in Form von Spenden, wie Johannes Studinger von UNI MEI im Gespräch mit M erläutert. Noch wichtiger für UNI MEI war die politische Arbeit zur Unterstützung der gemeinsamen Forderungen der ERTinaner gegenüber der eigenen Regierung, aber auch gegenüber den europäischen Institutionen. Zuletzt hatten Vertreter von ERT, der Gewerkschaft POSPERT und UNI MEI dazu auch ein gemeinsames Gespräch mit dem zuständigen griechischen Minister Nikos Pappas geführt. „Denn bei der neuen ERT soll ja kein spezifisch griechisches Modell erfunden werden“, sagt Studinger. „Vielmehr geht es um einen nachhaltigen modernen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der sich an gemeinsamen europäischen Prinzipien orientiert.“ **Heike Schrader, Athen** ■

Leute

Grafik: H. Haubrich

SERVICE ZUM SURFEN

Der Service ist im Netz unter: http://mmm.verdi.de/service

Marc Bartl, Chefredakteur von Kress.de, und **Bülend Ürük**, Chefredakteur Online beim Medienfachverlag Oberauer (Salzburg), leiten seit Anfang März die gemeinsame Redaktion der beiden Medienportale Kress.de und Newsroom.de. Kress.de will relevante Branchennachrichten präsentieren, indessen Newsroom.de sich stärker auf Service konzentriert.

Britta Behrens, bislang Chefredakteurin von Die neue Frau und Woche der Frau (Klambt), folgt zum 1. Mai als Chefredakteurin der Programmzeitschriften Funk Uhr, Super TV, die 2, Bild Woche, TV Neu, TV Piccolino, My TV, TV 4x7 und TV 4 Wochen auf **Herbert Martin**, der in den Ruhestand geht. Die ehemaligen Programmzeitschriften der Funke-Gruppe wurden in das Gesamtportfolio der Mediengruppe Klambt integriert. Auch **Denise Diekmann**, Behrens' Stellvertreterin, vollzog den Wechsel zu den Programmzeitschriften. Chefredakteur für Die neue Frau und Woche der Frau wird **Volker Kithil**, bisher Chefredakteur von Woche heute (Bauer Media Group). Auch seine Stellvertreterin **Karina Caspers** wechselt zu Klambt.

Bei der Bild-Zeitung gab es zum 1. April etliche personelle Umstellungen. **Wolf-Ulrich Schüler**, bisher Ressortleiter Unterhaltung, wurde Ressortleiter der Nachrichtenredaktion. **Malte Biss**, bislang Chefreporter bei Bild am Sonntag, übernahm die Leitung des Ressorts Unterhaltung. **Ilka Peemöller**, zuletzt Beraterin der Chefredaktion von B.Z. und B.Z. am Sonntag, folgte als Ressortleiterin der Letzten Seite auf **Moritz Stranghöner**, der Textchef und Mitglied der Chefredaktion wurde. **Alexandra Würzbach**, bisher Textchefin, ist wieder als Autorin für die Zeitung tätig und bleibt Mitglied der Chefredaktion. **Kai Traemann**, bislang Ressortleiter Sport und verantwortlich für den Sport bei Bild.de, wird Head of Editorial Video & Sport Strategy. **Christian Stenzel,** bisher Ressortleiter Nachrichten, übernimmt zum zum 1. Juli die Leitung des Büros von Chefredakteur **Kai Diekmann**.

Bundespressekonferenz (BPK): **Gregor Mayntz** (Rheinische Post) wurde in seinem Amt als Vorsitzender bestätigt. Mitglieder des Vorstands bleiben: **Nick Leifert** (ZDF), **Angela Wefers** (Börsen-Zeitung), **Ute Welty** (freie Journalistin), **Stephan Detjen** (Deutschlandradio) und **Timot Szent-Iványi** (DuMont Redaktionsgemeinschaft). Neu in den Vorstand gewählt wurde **Anja Maier** (taz).

Der Journalist und Historiker **Matthias Dohmen**, bis 1990 bei der DKP-Zeitung UZ, danach frei u. a. für den WDR und die DW tätig, hat an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf mit einer Dissertation über die Rolle der Historiker im Kalten Krieg promoviert. Er arbeitet weiter für verschiedene Medien im Printbereich.

Andreas Fischer wurde in seinem Amt als Direktor der Niedersächsischen Landesmedienanstalt (NLM) bestätigt.

Freischreiber e. V., Berufsverband freier Journalistinnen und Journalisten, wählte einen neuen Vorstand. Im Amt bestätigt wurden **Benno Stieber** (Vorsitzender), **Angelika Ohland, Yvonne Pöppelbaum, Gabriele Meister, Carola Dorner, Henry Steinhau** und **Frank Keil**. Neu im Vorstand sind **Katharina Jakob** und **Alexandra Brosowski**.

Lara Gonschorowski, zuletzt Leiterin des Textressorts „Wahres Leben" bei der Zeitschrift Myself, wird zum 1. Mai stellv. Chefredakteurin bei dem Frauenmagazin Cosmopolitan.

Eric Gujer, bisher Leiter des Auslandsressorts der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ), folgte als Chefredakteur auf **Markus Spillmann**. **Felix E. Müller**, Chefredakteur der NZZ am Sonntag, wurde Mitglied der Geschäftsleitung und verantwortet künftig alle Magazine und Periodika der NZZ. **Anita Zielina**, zuvor stellv. Chefredakteurin von Stern Online, wird ab Anfang Mai die Chefredaktion der NZZ als Chefredakteurin Neue Produkte verstärken.

Florian Hager, derzeit stellv. Programmdirektor und Hauptabteilungsleiter Programmplanung TV/Web bei ARTE in Straßburg, wurde zum Gründungsgeschäftsführer des geplanten gemeinsamen Online-Jugendangebots von ARD und ZDF bestellt, das Mitte 2016 starten soll. Er tritt dieses Amt zum 1. Juni an. Sein Nachfolger bei ARTE wird **Bernd Mütter**, derzeit Referent von Dr. **Gottfried Langenstein**, dem ARTE-Vizepräsidenten und Direktor Europäischer Satellitenprogramme des ZDF.

Hannes Heyelmann, Geschäftsführer von Turner Broadcasting System in Zentral- und Osteuropa, folgte als Vorsitzender des Arbeitskreises Digital-Pay-TV im Verband Privater Rundfunk und Telemedien (VPRT) auf **Sabine Christmann**, die in leitender Funktion bei der Sky Deutschland AG tätig war und sich inzwischen mit einer Unternehmensberatung selbständig gemacht hat.

Malte Hinz gibt zum 1. Mai seine Position als Chefredakteur der Westfälischen Rundschau (Funke Mediengruppe) auf. Das Blatt hat seit 2013 keine eigene Redaktion mehr und wird von anderen Zeitungen mit Inhalten versorgt. Die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens wurde 2014 beantragt.

Alfred Holighaus, Filmexperte und bis Ende Juni Geschäftsführer der Deutschen Filmakademie, wurde als Nachfolger von **Manuela Stehr**, die nicht mehr kandidierte, zum Präsidenten der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft (SPIO) gewählt. Er tritt sein Amt Anfang Juli an; bis dahin fungiert er als ehrenamtlicher Präsident.

Andreas Hykade, freier Animationsfilmer und Dozent, löste als Leiter des Instituts für Animation an der Filmakademie Baden-Württemberg **Thomas Haegele** ab.

Elmar Jehn, bislang stellv. Chefredakteur des Berliner Kuriers, übernahm die Chefredaktion der Boulevardzeitung kommissarisch, nachdem sich die Mediengruppe Berliner Verlag vom bisherigen Chefredakteur **Hans-Peter Buschheuer** „wegen unterschiedlicher Auffassung zur Weiterentwicklung der Marke" getrennt hat.

Tobias Köhler, bisher Ressortleiter Online der Stuttgarter Zeitung, wurde Chef des neu gegründeten Strategie- und Innovationsteams der Südwestdeutschen Medienholding. Das Ressort Online wird kommissarisch von **Anja Treiber** geleitet.

Felix Kovac, Geschäftsführer der rt1 Media Group (Augsburg), wurde erneut zum Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Privater Rundfunk (APR) gewählt. Stellv. Vorsitzender ist **Boris Lochthofen** von Regiocast (Leipzig).

Wolfgang Krach, bisher bei der SZ stellv. Chefredakteur, wurde zum Chefredakteur berufen; er und **Kurt Kister** bilden nun eine Doppelspitze.

Julie Kurz, zuletzt Redakteurin in der Abteilung Ausland und Aktuelles des NDR, löste als ARD-Fernsehkorrespondentin in London **Frank Jahn** ab, der nach Hamburg zurückkehrte.

Landespressekonferenz Baden-Württemberg: **Gabriele Renz** (Südkurier) wurde als Vorsitzende wiedergewählt. Im Amt bestätigt wurden auch die Stellvertreter **Renate Allgöwer** (Stuttgarter Zeitung), **Barbara Schlegel** (Radio Regenbogen), **Arnold Rieger** (Stuttgarter Nachrichten) und **Anno Knüttgen** (SWR).

Klaus Lange, langjähriger Geschäftsführer der Mediengruppe Magdeburg (Bauer Media Group), löste als Geschäftsführer der Mediengruppe Thüringen (Funke Mediengruppe) **Inga Scholz** ab.

Andrea Lottmann, Mitbegründerin und Co-Chefin einer Agentur für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit mit Food- und Gastronomie-Kunden, folgt zum 1. Juli als Chefredakteurin der Wirtschaftsfachzeitschriften food-service, FoodService Europe & Middle East und gv-praxis (dfv Mediengruppe) auf **Gretel Weiß**, die als Herausgeberin weiterhin die publizistische und kaufmännische Gesamtverantwortung trägt.

Marcus Lucas, bisher Managing Editor bei Yahoo, folgt als stellv. Chefredakteur des Männer-Stil-Magazins

GQ auf **Dominik Schütte**, der das Blatt verlässt. **Andreas Laux**, Redaktionsleiter Digital von GQ, wird im Juni ebenfalls stellv. Chefredakteur.

Udo Milbret wurde als Vertreter der dju NRW (ver.di) stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Programm und Aufsicht in der Medienkommission der Landesanstalt für Medien NRW.

Henning Otte, derzeit Leiter des dpa-Landesbüros für Baden-Württemberg in Stuttgart, folgt zum 1. Oktober als Chef der dpa-Politikredaktion in Berlin auf **Martin Bialecki**, der als dpa-Regionalbüroleiter für Nordamerika nach Washington wechseln wird.

Dr. **Anne Overesch**, bei der Neuen Osnabrücker Zeitung Redaktionsleiterin Digital, wurde Mitglied der Chefredaktion. **Burkhard Ewert**, Leiter Newsdesk, rückte zum stellv. Chefredakteur auf. **Michael Krechting**, bisher Digitalchef des Kölner Stadtanzeigers, wechselte als Innovationsmanager nach Osnabrück. **Katharina Ritzer**, derzeit Online-Chefin des Nordbayerischen Kuriers (Bayreuth), wird im Sommer die Newsdeskleitung der NOZ verstärken.

Christine Paeffgen, bisher schon im SWR-Studio Karlsruhe tätig, wurde Leiterin der aktuellen Hörfunk- und Onlineredaktion Baden Radio im SWR-Studio Karlsruhe. Diese Funktion wurde von Studioleiter **Christian Pitschmann** bisher in Personalunion wahrgenommen.

Dieter Pienkny (DGB) wurde vom RBB-Rundfunkrat als Vorsitzender des Programmausschusses wiedergewählt.

Hauke Reimer, bei der Wirtschaftswoche Ressortleiter Geld & Börse, wurde stellv. Chefredakteur. **Gregor Peter Schmitz**, derzeit Europa-Korrespondent des Spiegel, folgt zum 1. Mai als Leiter des Hauptstadtbüros der Wirtschaftswoche auf **Henning Krumrey**, der andere Aufgaben übernehmen wird.

Ina Ruck, bisher Auslandskorrespondentin der ARD, u. a. in Moskau und Washington, zuletzt Redakteurin und Reporterin in der WDR-Programmgruppe Europa und Ausland, löst zum 1. Juli als Leiterin des ARD-Studios in Washington **Tina Hassel** ab, die als Leiterin des ARD-Hauptstadtstudios auf **Ulrich Deppendorf** folgt, der in den Ruhestand tritt.

Kathrin Seidel, bisher stellv. Modechefin beim Magazin Elle, folgte als Fashion Director auf **Kerstin Schneider**, die Chefredakteurin von Harper's Bazaar wurde. **Susanna Riethmüller**, zuletzt Redaktionsleiterin beim Modemagazin Stylebook, wurde bei Elle Digital Director.

Cornelius Tittel, bislang Kulturchef und stellv. Chefredakteur bei der WeltN24-Gruppe, übernahm die Chefredaktion des neuen Kunstmagazins Blau (Axel Springer SE), das erstmals am 2. Mai als Supplement der Tageszeitung Die Welt erscheinen wird. Überdies wurde er zum Creative Director der Welt berufen. Als Ressortleiter Feuilleton von WeltN24 fungiert der bisherige Co-Ressortleiter **Andreas Rosenfelder**.

WDR: Die programmstrategische Reorganisation der WDR-Radioprogramme trat zum 1. April in Kraft. **Jochen Rausch**, bisher Chef von 1LIVE, wurde Leiter des Bereichs Breitenprogramme, in dem die Wellen 1LIVE und WDR 2, demnächst auch WDR 4 zusammengefasst werden. **Angelica Netz**, bisher Chefin von WDR 2, leitet die neue, wellenunabhängige Chefredaktion, die das Auslandskorrespondenten-Netz, die Nachrichtenredaktion und das Hauptstadtstudio umfasst und zukünftig erweitert wird um die zentrale Informationseinheit des Aktuellen Desk sowie die crossmedialen Leuchttürme von Wirtschaft und Sport. WDR 3 und WDR 5 sowie künftig auch Funkhaus Europa sind in der Direktion direkt angebunden.

Volker Weidermann, derzeit Feuilletonchef und Literaturredakteur der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, wird im Mai Reporter für das Kulturressort des Spiegel und verantwortet die Literaturberichterstattung.

Markus Wenniges, bisher außenpolitischer ZDF-Redakteur und stellv. Redaktionsleiter des „Auslandsjournals", folgte als Redaktionsleiter der Sendereihe auf **Diana Zimmermann**, die Leiterin des Londoner ZDF-Studios wurde.

Ulrich Wilhelm, dessen erste Amtszeit als Intendant des BR Ende Januar 2016 endet, wurde vom Rundfunkrat für eine zweite Amtszeit gewählt.

Deniz Yücel, Autor und bisher Redakteur für die Seite Eins sowie für Sonderprogramme bei der taz, wurde Korrespondent der WeltN24-Gruppe in Istanbul.

Nicole Zepter, Verlegerin und Chefredakteurin des Magazins The Germans, löst zum 1. Mai als Chefredakteurin der Magazine Neon und Nido (G+J) **Oliver Stolle** ab, der nach München zurückkehrt.

Bernd Ziesemer, früher Chefredakteur, dann Kolumnist des Handelsblatts (Düsseldorf), wechselte als Kolumnist zum Wirtschaftsmagazin Capital (G+J).

Impressum

«M – Menschen Machen Medien»
Medienpolitische ver.di-Zeitschrift,
erscheint 2015 mit sechs Ausgaben

Herausgeber: Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie), Bundesvorstand: Frank Bsirske / Frank Werneke

Redaktion: Karin Wenk (verantwortlich), Telefon 030 / 69 56 23 26
Anschrift: ver.di Bundesverwaltung / Karin Wenk, Redaktion M, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Fax: 030 / 69 56 36 76
E-Mail: karin.wenk@verdi.de
Für unverlangt eingesandte Artikel und Bilder übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Gezeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Meinung der Redaktion überein.

Anzeigen:
Network Media GmbH
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Ansprechpartner:
Nicole Stelzner (Leiterin)
Tel: 030 / 255 94 – 180
Fax: 030 / 255 94 – 190
E-Mail: stelzner@nwmd.de
Gültige Anzeigenpreisliste:
Nr. 20 gültig ab 1.1.2015

M im Internet
http://mmm.verdi.de

Layout: Petra Dreßler, Berlin
Tel. 030 / 322 18 57
Titelbild: Hermann J. Haubrich, Berlin, Tel. 0171 / 343 88 10

Druck und Vertrieb:
alpha print medien AG (apm)
Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt

Jahresabonnement:
36,– € einschließlich Versandkosten.

Abonnementsverwaltung:
Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt, Telefon 0711 / 700 15 30. Fax: –10
E-Mail: service@verlag-weinmann.de
Für Mitglieder der Medien-Fachgruppen ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag enthalten. ver.di-Mitglieder aus anderen Fachgruppen zahlen 18 € – eine gesonderte Bestellung ist notwendig.

Weitere Publikationen:
„Kunst & Kultur"
verantwortlich: Burkhard Baltzer
Tel. 030 / 69 56 – 10 60
„Druck + Papier" verantwortlich:
Helma Nehrlich Tel: 030 / 613 09 664

Redaktionsschluss:
M 2.2015: 10.04.2015
M 3.2015: 22.05.2015
ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32

Anzeige

SOZIALVERBAND VdK BAYERN

Zukunft braucht Menschlichkeit.

Ob Rente, Behinderung, Gesundheit oder Pflege, Fachkompetenz in allen sozialpolitischen Fragen.

Dr. Bettina Schubarth, Pressesprecherin
Schellingstraße 31 • 80799 München • Tel. 089 / 2117-289
Fax 089 / 2117-280 • b.schubarth@vdk.de • www.vdk-bayern.de

Konzept/Gestaltung: Hansen Kommunikation - Foto: Uli Grohs

Glaubwürdigkeit fängt bei deiner finanziellen Unabhängigkeit an. Jetzt einschalten!

rundfunk.verdi.de

ver.di